

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl., monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 fl., monatl. 5,39 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl., Danzig 3 fl. Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einvolige Neulamezeile 125 Grosch. Danzig 10 fl. 80 fl. Dt. B. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Blatz vorchrist und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertangebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Vorleskonten: Breslau 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 82.

Bromberg, Dienstag den 8. April 1930.

54. Jahrg.

Die Danziger Krise.

Ein Interview mit dem zurückgetretenen Danziger Handels senator.

(Sonderbericht der "Deutschen Rundschau".)

Die Danziger Regierungskrise trifft in eine Zeit, in der der Staat des Staates für dieses Jahr einen Fehlbetrag von über 8 Millionen Gulden und der der Stadt Danzig einen solchen von über 3,7 Millionen Gulden aufweist. Zwar ist vor dem Austritt der deutschliberalen und sozialdemokratischen Senatoren aus der Regierung noch ein Notrat vom Volksrat genehmigt worden, aber die Lage der Finanzen in Stadt und Staat lässt doch eine Sanierung, die durch Einschränkung der Ausgaben und neue Steuern herbeigeführt werden muss, in Bälde notwendig erscheinen.

Chfredakteur F. A. Meyer in Danzig hatte mit einem der charakteristischsten Köpfe der zurückgetretenen Regierung, dem deutschliberalen Handels senator J. Lewowski eine längere Unterredung über die Lage Danzigs nach Ausbruch der Regierungskrisis, die in folgenden Ausführungen gipfelte.

Frage: Sind die Ausgaben des Staates nicht einzuschränken, um die Neubelastung der Bevölkerung auf ein Mindestmaß zurückzuführen?

Jewelowski: Die Ausgaben lassen sich nur noch um geringe Beträge zurückzuschrauben, wenn nicht kulturell wichtige Interessen ausgegeben werden sollen.

Frage: Woher kommen die erheblichen Mehrausgaben?

Jewelowski: Die Mehrausgaben sind zu einem erheblichen Teil durch die Wirtschaftslage und die recht erheblichen Mehrausgaben für die Erwerbslosen gegenüber dem Staatsanbau hervorgerufen. Zählt Danzig doch heute noch über 20 000 Erwerbslose. Hinzu kommen Mindereinnahmen bei der Post und, verursacht durch die geringere Kaufkraft der polnischen Republik, bei den Zöllen, sowie die Verzinsung und Tilgung der sogenannten Tabakmonopolanleihe, die in diesem Staat erstmals in Ansatz kam. Diese Lücken sollten ausgefüllt werden durch Steuern, welche die Wirtschaftskreise schwer belasteten. Wie in Deutschland entstand auch in Danzig ein Kampf, welcher Bevölkerungskreise die neuen Lasten tragen sollten. Die Wirtschaft lehnte jede neue Belastung ab. Sind doch in Danzig die Gewerbe- und Einkommensteuern und Gerichts- und Anwaltssteuer bereits höher als in Deutschland.

Frage: Und der tiefere Grund der Krise?

Jewelowski: Die Regierung schlug vor, die Staatsfinanzen zu sanieren, außer durch einen Zuschlag von 7 Prozent zu den Endsummen der Einkommensteuer, durch eine Verdopplung der Spiritussteuer, durch Einführung eines Streichholzmonopols und, um den Kommunen, die sich ebenfalls in Not befinden, eine Unterförderung von zwei Millionen überweisen zu können, durch Wiedereinführung der erst 1928 abgeschafften Lohnsummensteuer. Diese Pläne, die noch dadurch verschärft wurden, dass um eine fünfsprozentige Erhöhung der Friedensmiete — diese beträgt in Danzig nur 100 Prozent — für die Hausbesitzer durchzusetzen, von den Sozialdemokraten als Ausgleich die Einbeziehung der Läden in die Wohnungsbauabgabe — sie waren bisher in Danzig grundsätzlich davon befreit — mit 10 Prozent verlangt wurde. Die Wirtschaft protestierte nicht nur gegen die Verdopplung der Spiritussteuer, gegen die Einbeziehung der Läden in die Wohnungsbauabgabe, sondern besonders stark gegen die Wiedereinführung der hohen Lohnsummensteuer. Die Liberalen waren trotzdem schließlich bereit, die Lohnsummensteuer als ausgesprochene Notsteuer zur Behebung der Finanzschwierigkeiten anzunehmen, wenn gesetzlich festgelegt würde, dass sie automatisch nach einem Jahre wieder zu verschwinden habe. Diese klare Bindung lehnten aber die beiden anderen Koalitionsparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, ab. Da nun zu den staatlichen neuen Steuern in der Stadt Danzig Kanal- und Müllabfuhrgebühren eingeführt werden sollten, die etwa 6 Prozent der Miete ausmachen, verlangten die Liberalen die Abwälzung auf die Wohnungsinhaber, da ja sonst den Hausbesitzern, denen eine Erhöhung der Miete um 5 Prozent zugestimmt werden sollte, auf der andern Seite wieder 6 Prozent abgezogen würden wären. Die Sozialdemokratie aber wollte diese Gebühren auf den Hausbesitzer abwälzen. Eine Einigung wurde trotz wochenlanger Verhandlungen nicht erreicht. Die Liberalen als Wirtschaftspartei konnten sich in ihren gewichtigen Bedenken nicht überstimmen lassen und kündigten die Koalition. Die Regierungskrise kann sich bei längerer Dauer leicht zu einer Staatskrise auswirken. Da die Wirtschaft Trägerin der Staatseinnahmen ist, hat sie Anspruch auf Schonung.

Frage: Wie wird sich eine neue Regierung voraussichtlich zusammensetzen?

Jewelowski: Das lässt sich zur Stunde noch nicht überschauen. Vielleicht einigen sich die bisherigen Parteien auf ein neues Programm unter Hinzuziehung der Nationalliberalen, die sehr wertvoll wäre. Die andere Möglichkeit ist eine Regierung aller bürgerlichen Parteien.

Frage: Wie kann die Finanzkrise überwunden werden?

Jewelowski: Nur durch Bewilligung aller vorgeschlagenen Steuern, mit Ausnahme der Belastung der Läden und der Lohnsummensteuer. Statt letzterer wäre vielleicht daran zu denken, den so sprozentigen Zuschlag zu den Beamtengehältern fallen zu lassen, da die Indexziffern in Danzig, die den Zuschlag seinerzeit hervorgerufen haben, inzwischen um etwa 8 Prozent gefallen sind. Ferner durch Streichungen aller Art.

Frage: Das wäre eine Lösung für den Augenblick. Aber ist es eine für die Dauer, Herr Senator?

Jewelowski: Dazu ist die völlige Umgestaltung der Verwaltung notwendig. Die gesamten Danziger Beamten werden nicht unwe sentlich höher besoldet als die gleichen Beamtengruppen im Reich. Das von der Regierung veranlaßte neue Danziger Beamten-Besoldungsgesetz, das dem deutschen und dem preußischen Besoldungsgesetz angepasst ist, wird sich erst nach langen Jahren auswirken, da die bei Einführung des Gesetzes im vorigen Jahre bereits seit angestellten Beamten alle davon unbekürt bleibt. Diese Mehrbelastung Danzigs gegenüber dem Reich macht in der Stadt und Strat etwa dreieinhalb Millionen Gulden jährlich für uns aus. Diese Mehrsumme kann von einem so kleinen Staatswesen mit so vielen staatlichen Ausgaben bei allem Wohlwollen gegenüber der Beamtenchaft auf die Dauer beim besten Willen nicht getragen werden. Diese Meinung wird auch in alt eingessenen Beamtenkreisen völlig geteilt. Die bisherigen verörlischen Ausgaben Danzigs mit etwa 53 Prozent aller Ausgaben stellen auf die Dauer für jedes Staatswesen eine Unmöglichkeit dar, sollen nicht wichtige öffentliche Aufgaben vernachlässigt werden. Die Danziger Wirtschaft verlangt mit Recht im Interesse ihrer Wettbewerbsfähigkeit eine Entlastung vom Steuerdruck; denn sie arbeitet schon dadurch erschwert, dass in Polen die Löhne sehr viel niedriger sind als in Danzig, weil das Lebensniveau des polnischen Arbeiters geringer ist als das des Danziger Arbeiters.

Frage: Zum Schluss noch eine Frage. Wie steht es mit der Danziger Außenpolitik?

Jewelowski: Unsere Erwartungen bezüglich einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung mit Polen haben sich leider nur in mäßigen Grenzen erfüllt. Der gerade jetzt unternommene Versuch einer Generalsbereinigung aller Meinungsverschiedenheiten ist durch die Regierungskrise unterbrochen, wenn nicht gefährdet. Bei aller Würdigung der schweren Wirtschaftslage im Reich muss ich aber auch sagen: Auch von Deutschland hat die Danziger Wirtschaft in ihrem schweren Existenzkampf nicht die Unterstützung durch Anfragen erhalten, die sie erhoffte.

Staatliche Fürsorge für die Auslandspolen. Ein Rundschreiben des Außenministers Zaleski.

Warschau, 7. April. (PAT) Der polnische Außenminister Zaleski hat an die ausländischen diplomatischen Vertretungen ein Rundschreiben folgenden Inhalts gerichtet:

"Nachdem der Sejm den Auftrag des Senats auf Erhöhung der im Teil V Paragraph 11 des Staatshaushalts vorgesehenen Fonds um 2 Millionen złoty, die speziell für die kulturelle Fürsorge der Auslandspolen bestimmt waren, abgelehnt hatte, so dass diese Fonds im Vergleich zum Vorjahr eine Verringerung um 20 Prozent erfahren haben, bitte ich die Leiter der Auslandsvertretungen, in demselben Verhältnis sämtliche Ausgaben zu verringern, die aus diesem Teil des Staatshaushalts gemacht wurden."

Ich bitte jedoch, die durch die oben erwähnten Streichungen am Budget bedingten Ersparnisse in der Weise zu machen, dass davon am wenigsten das Schulwesen und die Seelsorge betroffen werden. Notgedrungen wird die in diesem Jahre geplante Gründung neuer Kulturräte und Volksheime nicht vorgenommen, keine Hilfe für Sportzwecke usw. erteilt werden können. Um die unumgänglichsten im Zusammenhang mit den Bedürfnissen unserer Landsleute im Ausland stehenden Ausgaben zu decken, beabsichtige ich, für kulturelle Zwecke einen Teil des mir zuerkannten Repräsentationsfonds zur Verfügung zu stellen." — August Zaleski."

Zaleski im Belvedere.

Warschau, 7. April. (PAT) Am Sonnabend wurde Minister Zaleski im Belvedere vom Marschall Piłsudski zu einer Audienz empfangen.

Benizelos kommt nach Warschau?

Wien, 5. April. (PAT) Die "Neue Freie Presse" meldet aus Athen, dass der griechische Ministerpräsident Benizelos in nächster Zeit wahrscheinlich nach Wien und nach Warschau reisen werde. Er wünsche mit den Vertretern der Österreichischen und der Polnischen Regierung zusammenzukommen, da er während seiner letzten Rundreise in Europa weder Wien noch Warschau besucht hat.

Appell an die öffentliche Meinung.

Aufruf des Zentro-Linksblocks an die Wähler.

Warschau, 7. April. Die politische Kommission der sechs Parteien des Zentrums und der Linken, mit der PPS an der Spitze, haben am Sonnabend einen Aufruf veröffentlicht, in dem einleitend der Verlauf des Kampfes zwischen der Sejmehrheit und dem Marschall Piłsudski beschrieben wird. Der Wortlaut des Aufrufs ist in ungemein scharfen Worten gehalten und wiederholt die Beschuldigungen an die Adresse der Nach-Mai-Regierungen wegen rechtswidriger Handlungen, die bereits im Sejm des österreicher erhoben wurden. Weiter wird der Regierung der Vorwurf gemacht, dass sie den Sejm gegen den Willen seiner Mehrheit terrorisiere, öffentliche Gelder verschwendere und das Finanzgesetz außer acht lasse.

In der Erinnerung der Regierung des Obersten Sławek erblidet der Aufruf eine öffentliche Kampfansage gegen den Sejm im besonderen und den Parlamentarismus im allgemeinen. Als erstes Ziel wird die Wiederherstellung des Rechts, aufgestellt, und zum Schluss wendet sich der Aufruf an den Staatspräsidenten mit dem Erwußt, den Sejm aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, um der öffentlichen Meinung die Möglichkeit zu geben, sich über die Regierungssform in Polen anzusprechen.

Borbereitungen des Regierungsklubs zu den Parlamentswahlen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 7. April. Die dem BB-Klub angehörenden Abgeordneten haben die Weisung erhalten, sich in ihre Wahlkreise zu begeben, um im Hinblick auf die eventuellen Wahlen die Stimmungen der Bevölkerung zu studieren. Im Zusammenhang mit diesen Inspektionsreisen der BB-Parlamentarier, entwickelt jetzt das Generalsekretariat des BB-Klubs unter Leitung des früheren Ministerpräsidenten Switalski und des Obersten Sieczkowsky (des Direktors der Agentur "Akro") eine sehr intensive Tätigkeit. So hat das Generalsekretariat Formulare ausgearbeitet, die die Abgeordneten nach ihrer Rückkehr von den Inspektionsreisen auszufüllen haben. Die Formulare betreffen stattgefundene Versammlungen und enthalten Rubriken mit folgenden Fragen: Wer sprach in der Versammlung? Wovon sprach er? Wie groß war die Anzahl der Anwesenden und wie war deren Verhalten? Wie lautete der Text der Resolution? Wie wurde sie aufgenommen? Welche Stimmung herrschte in der Versammlung?

Das Generalsekretariat des BB-Klubs plant eine Reihe Unternehmungen zu Informations- und Propagandazwecken. Nach zwei Wochen soll eine Tagung der gesamten Sanierungspresse zur Besprechung und Festlegung einer einheitlichen Taktik für den Wahlkampf und eine Tagung der Bezirksratsvorstände, die dem BB-Klub nahestehen, stattfinden.

Der politische Tag des Herrn Grawel.

Warschau, 7. April. Am Sonnabend wurde Ministerpräsident Grawel im Schloss vom Präsidenten der Republik zu einer Konferenz empfangen, die 1½ Stunden dauerte. Die Unterredung hatte einen vertraulichen Charakter, offizielle Mitteilungen sind darüber an die Presse nicht gelangt.

Im Zusammenhang mit dieser Konferenz veröffentlicht der "Wieczór Warszawski", ein Oppositionsblatt, folgende Informationen: Die einen behaupten, dass sich Oberst Grawel mit dem Staatspräsidenten über die Umbildung des Kabinetts unterhalten habe, andere wiederum stehen auf dem Standpunkt, dass die Konferenz der eventuellen Auflösung des Sejm im gegangen habe.

An demselben Tage empfing Ministerpräsident Grawel mehrere hervorragende Persönlichkeiten, und zwar den Präses des Obersten Verwaltungsgerichts Dr. Rózicki, den Direktor des Fonds für nationale Kultur Dr. Michałski, den Präses der Bank Polski Dr. Wróblewski sowie den Finanzberater Charles Dewey. In politischen Kreisen hat besonders die letzte Konferenz eine große Sensation hervorgerufen.

Oberst Schäkel — Kabinettchef des Präsidiums des Ministerrates.

Warschau, 7. April. (Eigene Meldung.) Am Sonnabend ist der Botschaftsrat der polnischen Botschaft in Paris, bevollmächtigter Minister Oberst Schäkel (der gewesene Chef der 2. Abteilung des Generalstabes) in Warschau eingetroffen. Oberst Schäkel ist für den Posten des Kabinettchefs des Ministerratspräsidiums angesehen.

* Abreise des Gesandten Knoll nach Berlin.

Warschau, 7. April. (Eigene Meldung.) Der polnische Gesandte bei der Deutschen Reichsregierung, bevollmächtigter Minister Knoll, der letzens längere Zeit in Warschau geweilt hatte, ist nach Berlin zurückgekehrt.

Neue Wege der deutschen Politik.

Das Kabinett Brüning.

(Berliner Brief der „Deutschen Rundschau“.)

Die Reichsregierung Brüning ist unter durchaus ungewöhnlichen Umständen zustandegekommen und stellt schon ihrem Ursprung nach etwas Neues dar.

Das Kabinett Müller war nach wochenlangem, beide Parteien schwer belastendem Ringen zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie von den sozialistischen Gewerkschaften genau in der Minute gestürzt worden, da die Volkspartei nachgiebig geworden war. Eine brauchbare Wahlparole für die Sozialdemokratie war also nicht vorhanden. Dem Zentrum war es zwar nicht gelungen, die Sozialdemokratie zur innerpolitischen Verantwortung für „ihre“ (von den volksparteilichen Nachfolgern Stresemanns gezeichnete) Außenpolitik zu zwingen; wohl aber hatte es das Mögliche aus der unseligen Situation herausgeholt und sich als den Vermittler zwischen der zu überwindenden Vergangenheit, die mit den Haager Verhandlungen, sowie mit dem völlig schiefen inneren Kampf um die Young-Gesetze abgeschlossen ist, und einer Zukunft stärkerer Staatsautorität eingeschaltet. Dass die Autorität des Reichspräsidenten dabei so stark unmittelbar eingefest wurde, gibt dieser Regierung einen so wesentlichen Rückhalt und einen so gewaltigen, die politische Phantasie der Nation erregenden Hintergrund, daß unvergleichliche Trümpe in der Hand des erst 45jährigen Zentrumsführers Brüning vereinigt sind.

Trotzdem begann bei der Regierungsbildung fraktionsaristokratie wieder ihre Rolle zu spielen. Es wurde zwar im Sinne des Reichspräsidenten mit Einzelpersönlichkeiten verhandelt, aber nicht ohne daß bei ihrer Einschätzung die Fraktionsstimmen, die sie stellen könnten, nach alter Weise gezählt wurden. Hatte man sich einmal auf diesen Boden begeben, dann stand man freilich der Tatfrage gegenüber, daß dank der politischen Existenz von Hugenberg eine Regierung mit einer „Rechten“ nicht zu billigen war, einfach deshalb, weil es zu dieser in der Volkskonservativen Vereinigung und den Christlichsozialen Ansässen gibt. Und so waren Parteien der Mitte mit unvermeidlichen Prestigewünschen zu berücksichtigen. Ein Kabinett war das Ergebnis, das bis auf vier neue Persönlichkeiten dem alten Kabinett gleich ist. Und so hat dieses Kabinett zwei Gesichter: eines ist jener Vergangenheit zugewandt (die ja auch einstweilen in Preußen noch fest „verankert“ bleibt), eines jenen Zukunfts gedanken, die im Programm des Reichspräsidenten autoritativen Ausdruck gefunden haben und die, wenn ein völlig gleichartiges Kabinett möglich gewesen wäre, der Nation ganz anders, viel wirkamer vor Augen getreten wären.

Andererseits ist es ohne Zweifel ein gewaltiger Vor teil, wenn der Übergang von jener Vergangenheit zwischen Versailles und Young-Plan zu einer alle Kräfte in nationaler Selbsthilfe zusammenfassenden Zukunft völlig organisch und ohne äußeren Bruch vor sich geht. In der Tat ist ja die Wandlung in den Tiefen der Nation vorbereitet, die Abkehr von den bisherigen Parteimethoden allgemein, das Bedürfnis nach einer klaren und von hemmenden Rückblicken freien Erfassung der Nachkriegsaufgaben in allen Kreisen lebendig. Die Regierungserklärung hat das Wesentliche und Neue der Lage so knapp und wirksam herausgehoben, als es gegenüber dem Reichstag überhaupt möglich war. „Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Nationales Selbstbewußtsein, Vertrauen in die innere Kraft des Volkes sind die Grundlagen ebenso wie die Erkenntnis, daß der Wiederaufstieg Deutschlands nur in redlichem Zusammenwirken mit allen Völkern erreichbar ist.“ Das aber bleibt nicht allgemeines Programm, sondern es wird, auf die Anliegen sofort angewendet, die schnellste Eingreifen erfordert; auf die „Stützung und Wiederbelebung der ländlichen Wirtschaft“ und auf eine „durchgreifende und umfassende Osthilfe“. Diese klar umschriebenen Sachaufgaben sind, sobald die Finanzreform erledigt ist, die Eckpfeiler der Regierungsarbeit. An ihnen muß es sich erweisen, daß die neu gewählten und der Mitarbeit am Staat gewonnenen Kräfte stark genug sind, jetzt schon das Tor in eine neue politische Zukunft zu öffnen. Dem Staat werden damit Aufgaben zugewiesen, die er nicht ohne starke innere Autorität gegenüber den Wirtschaftsmächten von oben und unten lösen kann, an denen sich aber auch zugleich die Staatsautorität kräftigt. Politik bekommt einen neuen Sinn, praktisch und ideell. Jenen Sinn, um dessen Herausarbeitung und Durchsetzung seit zehn Jahren sich die besten Kräfte der Nation bemühen. Dieser Sinn wird im Kabinett durch Schiele und Treirianus am deutlichsten dargestellt, durch einen Minister, der keiner Fraktion angehört und einer anderen, der Führer der neuen, die Umgestaltung des Parteiwesens fordenden Volkskonservativen Gruppe ist.

Wichtiger aber als alle programmatischen Einzelheiten ist der Geist, der aus der Regierungserklärung im ganzen spricht; nationaler Willen ohne Phrase ward hier endlich einmal, an führender Stelle vernommen. Die Phrase ist immer der Ausdruck von Schwäche des Gedankens und Glaubens. Von der pazifistischen wie von der reaktionären Phrase, von einer „Linken“ wie von einer „Rechten“ ohne Glauben haben wir in diesen zehn Jahren genug gehabt. Auch von jener zynischen Routine, die bei den in der Macht befindlichen sich bald einzustellen pflegt. Ein aufrichtiger Glaube nicht nur an sich selbst, sondern an letzten höchsten Schutz ist notwendig, um sich allen allen jenen Abhängigkeiten entgegenzustellen, die ein „wirtschaftiges Deutschland“ nicht wachsen lassen wollen.

Die Tat der nächsten Jahre heißt: Dienst und Opfer. Sie wird wenig Berausendes, viel Bemühen des haben. Wertvollste Kräfte werden sich in ihr, immer wieder gehemmt durch das ewig Ewigste, verzehren. Aber wer die deutsche Lage in der Welt und den Zustand der deutschen Kräfte, ihre Möglichkeiten und Aufgaben nüchtern, der sieht keinen anderen Weg als den schmalen, den jetzt die deutsche Politik einzuschlagen beginnt.

Andere Regierungen könnten ihre Lebensdauer nach Parteikonstellationen, außen- und innenpolitischer Tatsachenmechanik abmessen. Das Kabinett Brüning ist unabhängig von derlei als alle seine Vorgänger. Seine Lebensdauer und Wirksamkeit wird davon abhängen, in welchem Maße es den Lebensgesetzen treu zu bleiben ver-

mag, nach denen es angetreten ist: jenen geistigen und politischen Antrieben und Ursprüngen, denen das Neue in ihm sein Entstehen und seine Geltung verdankt. Je mehr also Hindenburgs Programm und der in der Nation lebendige Wille zur Bildung einer neuen Staatsautorität im Vordergrunde bleibt, desto mehr führt auch der Weg des neuen Kabinetts über die nächsten Aufgaben und alle parlamentarischen Möglichkeiten hinans. U.

Das Finanzprogramm des Kabinetts Brüning

Die Entscheidung soll am Dienstag im Reichstag gesucht werden.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag nachmittag findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der zu dem Ergebnis der bisherigen Beratungen mit den Finanzfachverständigen der Regierungsparteien über das Finanzprogramm Stellung genommen werden soll.

Auf der Dienstag-Tagesordnung des Reichstages stehen bereits die Beratungen über das Finanzprogramm. In parlamentarischen Kreisen wird aus dieser Tatsache geschlossen, daß, falls bis zum Montag abend keine Lösung gefunden sein sollte, die Entscheidung am Dienstag im Reichstag selbst gesucht wird.

Der „Popolo di Roma“ begrüßt das Kabinett Brüning.

Rom, 5. April. (Eigene Drahtmeldung.) Unter der Überschrift „Glückwünsche“ befaßt sich der vatikanische „Popolo di Roma“ ausführlich mit dem Vertrauensvotum des Reichstages für die deutsche Reichsregierung. „Man wisse nicht, wie lange das Kabinett Brüning leben werde“, erklärt das Blatt, „zunächst aber habe es die erste Schlacht gewonnen. Wenn die Haftung der deutschen Nationalisten nicht durch parlamentarische Berechnungen sondern wirklich durch das Agrarprogramm der Regierung bestimmt worden sei, so hätten die deutschen Nationalisten vor der Welt ein genügendes Verständnis für die dringendsten Probleme bewiesen, die auf der Politik des Landes lasteten. Wenn Deutschland seine Aufgabe in der Welt schnell wieder aufnehmen wolle, so müsse es seine Wirtschaft wieder aufbauen und seine alten moralischen Grundsätze wieder aufnehmen, aus deren seine Macht entsprungen sei. Brünings Vorgänger hatten eine alte Lehre vergessen, daß nämlich eine Blüte, die nur der Industrie entspringe, nur eine Scheinblüte sei. Wenn ein Volk das Gebäude seines Reichtums fest aufbauen wolle, so müsse es zuerst die in der Erde enthaltenen Kräfte ausnutzen. Es müsse die Landwirtschaft zur Grundlage seines Fortschritts machen. Wenn der Sozialismus Deutschlands noch einige Jahre das Steuer der Regierung in der Hand behalten hätte, so hätte er die deutsche Kraft derart geschwächt, daß es keine Hoffnung auf Wiedergeburt mehr gegeben hätte.“

Das Blatt wünscht dem deutschen Volk zum Schluss auf das lebhafte, daß das Eingreifen Brünings noch rechtzeitig kommt.

Der Rüstungspostel lädt andere Leute abrücken!

Der in Frankreich beliebte Young-Plan. — Abstimmung im Senat 284 gegen 8!

Der Pariser Senat begann am Sonnabend vor mäßig besetztem Hause mit der Beratung des Gesetzentwurfes zur Ratifizierung der Haager Abkommen. Auf der Regierungsbank bemerkte man den Ministerpräsidenten Tardieu, sowie den Finanzminister Reynaud.

Als erster Redner legte der Berichterstatter der Finanzkommission Charles Dumont das technische Räderwerk des neuen Planes dar. Er begann mit der Feststellung, daß der Versailler Vertrag nach wie vor das oberste Gesetz für das europäische Statut bleibe. Die Finanzkommission des Senats habe einstimmig die Ratifizierung der Haager Abkommen empfohlen. Jede Ablehnung der Ratifizierung sei heute eine Unmöglichkeit und bedeute nicht nur für die internationale Lage eine gefährliche Beunruhigung, sondern für den französischen Stuerzahler auch eine Mehrbelastung von 2400 Millionen jährlich. Der Redner erinnert an den Dawes-Plan, der seiner ganzen Natur nach nur ein Provisorium gewesen sei.

Im folgte der Berichterstatter der außergewöhnlichen Kommission, Berenger, der die diplomatische Seite des neuen Planes beleuchtete und ebenfalls die Ratifizierung forderte.

In der Nachmittagssitzung ergriff u. a. auch Tardieu das Wort. Was die Besetzung anbetrifft, so möge man sich erinnern, daß 1919 die französischen Militärbehörden gefragt hätten: das ganze linke Rheinufer oder nichts. Jetzt wolle man nur die dritte Zone räumen. Die Räumung sei für den 30. Juni versprochen. Seit diesem Versprechen hätten sich gewisse politische Ereignisse in Deutschland wie in Frankreich vollzogen. Über die Räumung gebe es kein Misverständnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Truppen würden in der 3. Rheinlandzone verbleiben, bis die Ratifizierung des Young-Plans erfolgt sei, die Internationale Zahlungsbank funktioniere und dieser Bank die Schuldverschreibungen Deutschlands übermittelt werden seien. Sobald das letzte geschehen sei, beginge die Räumung und werde alsdann so rasch wie möglich durchgeführt werden, denn es bestehe kein Interesse daran, eine derartige Situation zu verlängern.

Bevor aber die Räumung beginne, müsse Deutschland die vollkommene Schleifung (Démantellement) sämtlicher BefestigungsWerke durchführen. Deutschland müsse das restlos tun und nicht nur eine scheinbare Schleifung vornehmen. In drei Tagen werde Deutschland eine Note in diesem Sinne überreicht werden.

Die Feststellungskommission sei die Kommission, die im Locarno-Vertrage vorgesehen sei. Durch diese Kommission und den Art. 213 des Versailler Vertrages seien alle Rechte Frankreichs gewahrt, aber an die Stelle der Zwangsgarantien trete auf Grund des Young-Plans eine Garantie, die aufgebaut sei auf den Interessen Deutschlands. Der Young-Plan bringe den einzigen möglichen Ersatz für die Aufgabe der Rheinlandbefreiung. Am übrigen müsse man auch die Rückkehr von Elsaß-Lothringen und die Befreiung von Marokko und die Kolonialmandate in Rechnung stellen.



Frankreich sei gezwungen gewesen, mit seinen Alliierten gemeinsam den Frieden zu schließen. Ohne diese Alliierten hätte Frankreich den Krieg nicht gewonnen. Heute, zehn Jahre nach Kriegsschluß, könne man zu einem Zustand des Gleichgewichts gelangen. Man müsse etwas Neues unternehmen. Seit dem Kriege habe man den Frieden durch ein anderes System als das der Alliierten zu sichern: durch das System des Völkerbundes, das Briand jetzt in London in einem schönen Kampf klarer zu gestalten versuche.

Der Senat nahm schließlich die Ratifizierung des Young-Planes mit 284 gegen 8 Stimmen an.

Berliner amtliche Auffassung zur Rede Tardieus.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) In Berliner amtlichen Kreisen ist man nicht geneigt, den auffälligen Äußerungen Tardieus hinsichtlich der deutschen Abrüstung und der Räumungsfristen besondere Bedeutung beizumessen. Eine telephonische Rückfrage bei der zuständigen deutschen Stelle in Paris habe ergeben, daß die Äußerungen Tardieus in der Höhe der Aussprache auf dringende Anfragen verschiedener Senatsmitglieder gefallen seien. Aus dem Verlauf der Aussprache in der Kammer habe man jedenfalls nicht den Eindruck gewinnen können, als ob eine neue Entwaffnungssaktion gegen Deutschland geplant sei. Vielmehr handelt es sich bei den Äußerungen Tardieus lediglich um eine weniger wichtige Angelegenheit, die in Berlin längst bekannt sei und der nur formale Bedeutung aufkomme. Tardieu habe eine Beschleunigung der Arbeiten bei der Schleifung von Festungsanlagen und der Beseitigung von Verladerampen gefordert und mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen eine entsprechende Note an die Reichsregierung abgehen werde. Von einer derartigen Note ist an amtlicher Stelle in Berlin vorläufig noch nichts bekannt.

Trotzdem wird man die, wenn auch erzwungene Aussprache Tardieus, sowie die bevorstehende Note als einen Ausdruck des französischen politischen Willens zu werten haben, trotz Locarno, trotz des Kellogg-Paktes und trotz der Haager Vereinbarungen, das deutsche Reichsgebiet auch nach der Aufhebung der Besetzung als ein Land mittleren Rechtes weiterhin gelten zu lassen.

Neuer Aufstand in Georgien.

Moskau, 7. April. Im Zusammenhang mit der brutalen Durchführung der Kollektivierung von bäuerlichen Wirtschaften durch Agenten Stalins ist in den transkaukasischen, georgischen und tatarischen Bezirken ein Aufstand ausgebrochen, der einen immer größeren Umfang annimmt. Die kommunistischen Beamten, welche die Kollektivierung vornehmen wollten, stießen auf den entschiedenen Widerstand der bewaffneten Bevölkerung. Es wurde schließlich Militär zu Hilfe gerufen. Zwischen den Roten Truppen und den Tataren kam es in der Nähe des Dorfes Karasachal bei der Mündung des Flusses Kura zu einem blutigen Kampf. Der Kommandeur der Roten Miliz des Kreises Karasachal, Hafschjan, ging mit einem Teil seiner Truppen zu den Aufständischen über und versorgte sie mit Maschinengewehren, Karabinern und Munition. Die Roten Truppen mußten sich mit Verlusten hinter den Fluss Kura zurückziehen. In Kedabek wurde ein sowjetrussischer Agent, der die Kollektivierung durchführen wollte, gevögelt.

Antisemitischer Terror in Russland.

Moskau, 6. April. Die Sowjetregierung verurteilte zur Verbannung auf die Solowjewschen Inseln den Petersburger Oberrabbiner Lazarow, den Präses der jüdischen Gemeinde in Petersburg, Jasnogrodski, den 20jährigen Sohn des Rabbiners Lazarow, sowie vier Lehrer jüdischer Schulen. Die Verbannten standen unter der Anklage, eine religiöse Propaganda unter der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion geübt zu haben.

Republik Polen.

Demission des Generaldirektors der Staatslotterie.

Warschau, 7. April. (Eigene Meldung.) Wie „Aurjer Poranny“ erfährt, ist der Generaldirektor der polnischen Staatslotterie Dr. W. Czechowicz plötzlich seiner Stellung entthoben worden. Der Grund der plötzlichen Demission ist unbekannt. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht fehlt noch.

Das Urteil gegen den bolschewistischen Henker.

Warschau, 7. April. In dem Prozeß gegen den ehemaligen bolschewistischen Kommissar für polnische Fragen in Petersburg und Mitglied der für Polen in Minsk im Jahre 1920 gebildeten bolschewistischen Regierung Kazimierz Eichowski wurde am Sonnabend das Urteil gefällt. Eichowski, der nach der Aussage eines Zeugen einer der grausamsten bolschewistischen Kommissare war, und besonders zahlreiche Polen hatte hinrichten lassen, wurde wegen staatsfeindlicher Umrüte, die er sich in Polen hatte zu Schulden kommen lassen, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf dieselbe Strafe wurde gegen seinen Komplizen Mieczyslaw Bernstein alias Stefan Borkowski erkannt.

Deutsches Frachtflugzeug in England abgestürzt.

London, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das am Montag früh von Croydon nach Berlin aufgestiegene deutsche Frachtflugzeug D 1619 ist bei Linsfield Common in der Grafschaft Surrey in Flammen aufgegangen und abgestürzt. Der Führer und der Mechaniker wurden getötet. Der größte Teil der Ladung ist zerstört worden. Der Flugplatz von Croydon wurde sofort von dem Unglück verständigt. Der Name des Führers ist Wessel, der des Mechanikers Gustav Connert. Eine Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist im Gange.

Die Ratifikation der Verträge.

Bewirrung der Begriffe.

Die Schließung der Session von Sejm und Senat hat in der Presse eine Flut von Erörterungen hervorgerufen über die Frage, was nun mit dem Young-Plan, dem deutsch-polnischen Abkommen vom 31. 10. 1929 und dem deutsch-polnischen Handelsabkommen vom 17. März 1930 zu geschehen habe, die zur ihrer Inkraftsetzung der Ratifikation bedürften. Der Krakauer „Kurjer Codz.“ hat über diese Frage unter Berufung auf eine hochgestellte Persönlichkeit Betrachtungen ange stellt, die im Schlussergebnis dahin lauten, daß Young-Plan und Liquidationsabkommen ohne Zuspruchnahme des Sejm ratifiziert werden könnten, während der deutsch-polnische Handelsvertrag zwar in einzelnen Teilen auf Grund einer Verständigung mit Deutschland ohne Parlament, in seiner Ganzheit aber nur im Einvernehmen mit dem Sejm ratifiziert werden könnte. Wir unsererseits haben von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das Liquidationsabkommen zu seiner Ratifikation der Mitwirkung des Sejm nicht bedarf, — weil es weder den „Staat dauernd finanziell belastet“ noch „Rechtsvorschriften enthält, die die Bürger verpflichten“ (Art. 49 der Verfassung). Was den Handelsvertrag betrifft, so bestimmt der oben genannte Artikel der Verfassung ausdrücklich, daß Handels- und Zollverträge der Einwilligung des Sejm bedürfen. Das ist eine klare Bestimmung, die nicht missdeutet werden kann. Wenn das Krakauer Blatt der Ansicht ist, daß Teile des am 17. März unterzeichneten Handels-Vertrages auf andere Weise in Kraft gesetzt werden könnten, so wollen wir die Möglichkeit dazu nicht bestreiten; aber dann handelt es sich nicht mehr um den Vertrag vom 17. 3. 30, sondern um eine andere Abmachung, die auf Grund neuer Verhandlungen mit Deutschland getroffen werden könnte. Eine solche Lösung würde voraussichtlich von Deutschland nicht akzeptiert werden; sie würde auch das Ergebnis einer mühevollen Arbeit von 5 Jahren wenn nicht ganz vernichten, so doch mindestens hinausschieben. Als Ganzes bedarf der Handelsvertrag, wie gesagt, zur Ratifikation der Einwilligung des Sejm. Ob auch das Abkommen über die Niederlassung der Einwilligung des Sejm bedarf, hängt davon ab, ob es als Teil des Handelsvertrages oder als selbständiger Vertrag anzusehen ist. In letzterem Falle würde seine Ratifikation ohne Zuspruchnahme des Sejm erfolgen können.

In einzelnen Blättern, s. u. a. auch im „Robotnik“ ist davon die Rede, daß die Ratifikation internationaler Verträge durch Gesetz, also mit Einwilligung von Sejm und Senat, zu erfolgen hat. So behauptet das genannte Blatt, das Aufwertungsabkommen (vom 5. Juli 1928) wäre zwar vom Sejm aber nicht vom Senat angenommen worden, beide also noch keine Rechtskraft. Wenn dem so wäre, so bedürfte es zur Inkraftsetzung dieses Abkommens nur des Zustimmungsschreibens der Ratifikationsurkunden; denn das Abkommen ist von deutscher Seite bereits durch Reichsgesetz vom 17. Juli 1929 (Reichsgesetzblatt II S. 577) ratifiziert und zur Ratifikation von polnischer Seite ist nicht ein Gesetz, sondern nur die Einwilligung des Sejm erforderlich. Dem Senat ist in der polnischen Verfassung eine Mitwirkung bei dem Abschluß von internationalen Verträgen nicht zugeschrieben.

Eigenartige Vorstellungen von der Ratifikation polnischer Staatsverträge und von dem „Begriff der Ratifikation“ scheint auch der Abgeordnete Stanisław Stroński, bekanntlich ein Säulenheiliger der Endecja, zu haben. In einem langen Artikel, den er in der „Gazeta Warszawska“ und im „Kurjer Poznański“ über diesen Gegenstand veröffentlicht, sagt er u. a. es sei ausgeschlossen, daß der Handelsvertrag vom 17. März 1930 in Kraft treten könnte ohne die „Ratifikation in dem gegebenden Körper“. Da der gesagte Körpers aus Sejm und Senat besteht, scheint auch er die Mitwirkung des Senats bei der Ratifikation des Handelsvertrages für erforderlich zu halten, obgleich er ein paar Zeilen vorher den nachstehenden Art. 49 der Verfassung im Wortlaut zitiert, in dem nicht mit einem Worte von einer Mitwirkung des Senats bei der Ratifikation von Staatsverträgen die Rede ist. Dass Herrn Stroński auch der „Begriff der Ratifikation“ etwas schleierhaft ist, ersehen wir aus seiner Bitterung der folgenden Bestimmung des Liquidationsabkommens vom 31. Oktober 1929:

„In Ausführung des Art. 1 werden das vorliegende Abkommen und das Schlussprotokoll ratifiziert und von beiden Seiten gleichzeitig mit dem Young-Plan in Kraft gesetzt.“

Das Wichtigste in dem vorstehenden Satz ist offensichtlich, daß das Abkommen zugleich mit dem Young-Plan ins Leben treten soll. Für Herrn Stroński ist dies nicht das Wichtigste; er unterstreicht, wie wir dies entsprechend dem polnischen Original gesehen haben, die Worte: „werden ratifiziert“, woraus gefolgert werden muß, daß nach seiner Ansicht die Wichtigkeit dieser Bestimmung darin liegt, daß der Vertrag ratifiziert werden muß. Aus diesem Grunde ist ersichtlich, daß Herr Stroński von dem Begriffe der „Ratifikation“ nur eine recht blasse Vorstellung hat, was bei einem alten parlamentarischen und publizistischen Praktiker recht eigenständlich ist. Um zu beweisen, daß der Liquidationsvertrag ratifiziert werden muß, dazu braucht es keines Aufwandes von Zitaten und sonstigen Argumenten. Denn jeder Staatsvertrag mit einem anderen Staat muß ratifiziert werden; es fragt sich nur, in welcher Form. Es gibt Verträge, unter denen zu ihrer Gültigkeit die Ratifikationsformel des Staatspräsidenten ausreicht, und solche, zu deren Ratifikation noch die Einwilligung des Sejm nicht auch des Senats erforderlich ist. Die Ratifikationsformel ist ein Zusatz, der jedem Staatsvertrag mit anderen Staaten hinter den Unterschriften der Verhandlungsbewilligten als Schlussstück angefügt wird. Rechtswirksam wird in solcher Vertrag, vorausgesetzt daß im Vertragstext nicht ein späterer Termin festgelegt ist, nach Austritt der Ratifikationsurkunden.

In dem fraglichen Artikel bemüht sich Herr Stroński nachzuweisen, daß auch das Liquidationsabkommen zur Ratifikation der Einwilligung des Sejm bedarf, und zwar weil der Vertrag die Bürger verpflichtende Rechtsnormen enthält, in welchem Falle nach Artikel 49 der Verfassung der Sejm seine Zustimmung dazu zu geben hat. Die die Bürger verpflichtenden Rechtsvorschriften erblieb Herr Stroński darin, daß in dem Abkommen ein Verzicht polnischer Bürger (physischer und Rechtspersonen) auf Ansprüche enthalten ist, die mit dem

Kriege oder mit dem Friedensvertrag zusammenhängen. U. a. handelt es sich nach Herrn Stroński um Entschädigungsansprüche, die polnische Staatsangehörige an Deutschland wegen deutscher Requisitionen usw. während der Okkupationszeit hatten und die bei dem deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris anhängig waren. Nun, wir halten dieses Argument für vollständig verfehlt. Von einem wirklichen Verzicht dieser polnischen Bürger kann nicht die Rede sein, denn sie verzichten tatsächlich nicht, und ihr Anspruch wird auch durch den Vertrag nicht bestritten; nur der ihnen Verpflichtete ist ein anderer geworden: nicht Deutschland soll ihnen den Schaden, den sie erlitten haben, ersetzen, sondern Polen, d. h. ihr eigener Staat, mit dem sie nicht in Paris zu prozessieren brauchen. Dass aber der Staat Polen dadurch „dauernd finanziell belastet würde“, wird niemand, der den Vertrag kennt, im Ernst behaupten wollen; im Gegenteil macht Polen durch Abschluß dieses Vertrages ein glänzendes Geschäft, da es eine gewaltige Schuldenlast, die wie ein Damoklesschwert dauernd über ihm hing, von sich abgewälzt hat.

Massenaustritte aus der Bauernpartei.

Warschau, 5. April. (Eigene Drahtmeldung.) Große Beifürzung hat unter der Opposition der Austritt einer bedeutenden Gruppe von Abgeordneten aus der Bauernpartei hervorgerufen. In einer Sitzung des Bezirksrats in Ostroleka wurde ein Beschluss gefasst, in dem es heißt, daß die oppositionellen Parteien, denen auch die Bauernpartei angehört, im Kampf mit den Regierungsparteien Pilsudski einen für die Bauernklasse als auch für die Entwicklung des Staates schädlichen Weg beschritten hätten. Der Ostrolekaer Bezirksrat der Bauernpartei spricht daher den Oppositionsparteien das Recht ab, im Namen des organisierten Bauernvolkes auf dem Gebiete des Bezirks Łomża aufzutreten und spricht der Person des Marschalls Pilsudski das Vertrauen aus.

In der Konsequenz dieses Beschlusses berief der Bezirksrat der Partei eine Hauptversammlung ein, in der einstimmig eine Entschließung gefasst wurde, nach welcher sämtliche Mitglieder ihren Austritt aus der Bauernpartei erklären. Außerdem wurde beschlossen, zwei Spitzenvertreter zu Marschall Pilsudski mit der Bitte abzudelegieren, ihnen den Weg zu weisen, den sie zum Wohle des Bauernvolkes und des Staates gehen sollen.

Kredite für das Auslandspolentum.

Warschau, 7. April. (Eigene Meldung.) Am Sonnabend sind im Sejm drei Regierungsvorlagen über Zusatzkredite für das Wirtschaftsjahr 1929/30 eingelaufen.

Der erste Gesetzentwurf betrifft eine Dotierung für die staatliche Agrarbank zur Kreditlinie für Auslandspolen in Höhe von 3 Millionen Złoty. Die Begründung des Gesetzesprojektes lautet:

„Der Kredit ist zur Erhaltung des polnischen Besitzstandes im Auslande unumgänglich notwendig. Die sofortige Mobilisierung dieses Kredits ist eine unumgängliche Notwendigkeit, da ohne ihn gewichtige wirtschaftliche Objekte der Liquidierung unterliegen könnten.“

Das zweite Gesetzesprojekt betrifft einen Kredit für Wahlen in den Sejm und Senat im Betrage von 182 100 Złoty.

Die dritte Vorlage fordert einen Kredit für Zuschüsse zur Sicherung für den Fall von Arbeitslosigkeit, sowie für die Hilfeleistung an Arbeitslose in Stadt und Land.

Polnische Ferienländer aus Deutschland kommen nach Polen.

Warschau, 5. April. Hier fand kürzlich eine Tagung des Zentralen Empfangskomitees für polnische Kinder aus Deutschland, Danzig und Deutsch-Oberschlesien statt. Man einigte sich dahin, daß man in diesem Jahre 14 000 Kinder zum Ferienaufenthalt wird kommen lassen können. Am 14 und 15. d. M. findet in Warschau eine Konferenz zwischen Vertretern polnischer und deutscher Vereine in der Frage des gegenseitigen Austauschs von Kindern statt, die den Sommer in den gegenseitigen Ländern verbringen werden.

In dieser Konferenz wird das Kontingent der in die Ferienkolonien zu entsendenden Kinder festgesetzt werden, man wird sich auch mit dem Problem der Überfahrt der Kinder und der Fürsorge bei den Transporten beschäftigen.

Die Berliner Sowjet-Botschaft eine Expositur der Tscheche?

Paris, 5. April. Die in Paris erscheinenden „Poslednie Novosti“ veröffentlichen Ausschreibungen enthaltend über die Sowjet-Botschaft in Berlin. Danach ist diese Botschaft gleichzeitig eine Expositur der Tscheche und des sowjetrussischen Kundschafterdienstes. Zahlreiche Beamte der Botschaft üben die Funktionen von Agenten der Tscheche und gleichzeitig von Spionen aus. Botschaftsrat Brodowski und der erste Sekretär Jakubowicz leiten die Aktion des westeuropäischen Kominternbüros und der revolutionären Internationale. Der zweite Sekretär Goldstein und die Beamten Michailow und Michalski stehen an der Spitze der Berliner Agentur der bolschewistischen Tscheche, die sich aus 20 Personen zusammensetzt. An der Spitze der militärischen Aktion der Spionage stehen der Militärattaché Putna und die Beamten Janek und Schrot. Die politische Spionage leitet der Botschaftssekreter Lorena sowie der Leiter des Pressebüros Stern.

Außerdem besitzt die Botschaft für ihre geheimen Zwecke eine Sendestation, ein chemisches Laboratorium, ein Lager von Waffen, Explosivmaterial und Giften, eine Fabrik falscher Dokumente und Personalausweise. Von den Mitgliedern der Botschaft ist lediglich Krestinski Russ, die übrigen sind Deutsche, Juden, Polen, Litauer, Tschechen und Armenier.

Amerikanische diplomatische Vertretung in Kowno.

Kowno, 5. April. (PAT) Die Frage der Gründung einer diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Kowno ist endgültig gelöst worden. Zum Chargé d'affaires der Vereinigten Staaten wurde Eulerston ernannt.

Bei zahlreichen Beschwerden des weiblichen Geschlechts bewirkt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser die allerheilste Erleichterung. Beugnisse der Kliniken für kranke Frauen bekunden, daß das sehr mild abführende Franz-Josef-Wasser besonders bei Wochenmännern mit ausgezeichnetem Erfolg angewendet wird. (2403)

Heimatkundliches aus dem Neukreis.

Wenn man von Bromberg nach Berlin fährt, fällt einem gleich hinter der polnischen Grenze auf den Stationen der alten Ostbahn, Schneidemühl, Schönlanke, Filehne, Kreuz, die Entstehung von vielen Neubauten, ja ganzer Stadtteile auf. Das ist eine Folge der neuen Grenzziehung. Diese Orte sind durch Flüchtlinge aus Polen vergrößert worden, teils haben sie ihr Hauptgebiet verloren und müssen sich lebensfähig machen, teils sind die Verwaltungsmittelpunkte hierher verlegt worden. Ist doch eine neue Provinz, die Grenzmark Polen-Westpreußen, gebildet worden.

Kürzlich habe ich, weil ich ein paar Stunden Aufenthalt in Schneidemühl hatte, mir die neue Provinzialhauptstadt ein wenig angesehen. Gegen 1908, als ich mich hier zur Musterung stellen mußte, hat sich doch gar manches geändert. Vor allem hat der alte Pferdemarkt ein hauptstädtisches Gepräge bekommen. Da steht das neue massive Regierungsgebäude, in schmucklosem aber eindrucksvollem Siegelbau. Davor zur Rechten und Linken eines weiten Platzes das Reichsdankhaus und das Evangelische Konsistorium im Verein mit dem Finanzamt. Dass beide unter einem Dache vereinigt sind, soll wohl anzeigen, daß die Steuern nach ethischen Gesichtspunkten aufgelegt und aufgebracht werden sollen.

Die Stadt Schneidemühl ist ein eigener Kreis. Um sie herum beginnt an der polnischen Grenze der Neukreis, der aus den Überresten des Kreises Kolmar und den deutsch gebliebenen Teilen der Kreise Czarnikau und Filehne gebildet ist.

Schönlanke ist Kreisstadt geworden. Zu polnischer Zeit war es eine blühende Tuchmacherstadt. Später war es zu einer Ackerbürgerstadt geworden. Als ich um die Jahrhundertwende zur Schule ging, kam durch die Holzindustrie mit mehreren Fabriken ein großer Umschwung. Auch begann der ehemalige Pastor Altmann mit dem Bau von Arbeiterwohnungen. Man nannte die neue Siedlung „Altmanusdorf“ oder auch, recht bezeichnend, „Altmannsforst“. Jetzt ist eine neue Blüte zu sehen. Ein ganzer Stadtteil mit schönen Gebäuden des Reiches, des Kreises und der Wirtschaftsverbände ist entstanden, dazu auf allen Seiten Kleinsiedlungen. 1895 lebte ich als Einwohnerzahl 4100. Als ich 1909 in der Konfirmandenanstalt Wolfskirch heimatkundlichen Unterricht erhielt, waren es bereits 7304. Für 1925 sind 9200 Einwohner angegeben.

Filehne ist durch die Neiße in zwei Teile getrennt. Die Stadt ist polnisch geworden und heute wegen Fehlens des rechten Hinterlandes tot. Das Schloss Filehne aber ist mit einigen Gehöften des früheren Stadtkreises nebst dem Bahnhof bei Deutschland geblieben. Da ist es nun zu Neubauten gekommen, besonders auf dem Vorwerk Korda. 1925 sind als Einwohnerzahlen angegeben: Schloss Filehne 781 Einwohner, Deutsch-Filehne 315.

Der Neukreis ist 88729,04 Hektar groß und zählt rund 45 000 Einwohner (1925), die ausschließlich deutsch und überwiegend evangelisch sind.

Um hundertjährig zu sein, muß man mit der Geschichte verwurzelt sein. Die Heimat muß zu einer sittlichen Größe werden. Man muß seine Heimatshölle und was darauf lebt und wirkt, kennen. Und nicht nur, wie alles jetzt ist, sondern auch, wie es geworden ist. Dazu muß man Heimatkunde treiben.

Als ich anfing, mich damit zu beschäftigen, gab es nur zwei bescheidene Vorarbeiten: „Die Geschichte der Stadt Schönlanke“ von E. Spude 1885 und einen Jahresbericht der Evangel. Kirchengemeinde Schönlanke. Später erschienen einige Beiträge in der Zeitschrift „Aus dem Posener Lande“ und eine „Heimatkunde des Kreises Czarnikau“ von F. Clemm 1909, die aber vorwiegend Gedichte, Märchen und Sagen enthielt. Ich habe dann allerlei gesammelt und im Posener Staatsarchiv gespeichert. Als Ergebnis habe ich zur Dreihundertjahrfeier meines Heimatdorfes dessen Geschichte vorgelegt, und zwar eingehend als Typus eines deutschen Kolonistendorfes, unter dem Titel: „Drei Hundert Jahre Posener Schulendorf“, Geschichte des Dorfes Nendorf bei Schönlanke (Kr. Czarnikau) 1918. Auch habe ich allerlei aus Mundart, Sitte, Brauch, Dorf- und Volksleben u. a. in dem Buche „Aus dem Neukreis“ veröffentlicht und Kirchengeschichtliches in der „Kreuzkirche“ gebracht.

Die neue Grenzziehung hat nun die Heimatkunde belebt. Eine Grenzmärkische Gesellschaft zur Erforschung und Pflege der Heimat mit dem Sitz in Schneidemühl hat sich gebildet. Diese gibt die „Grenzmärkische Heimatblätter“ heraus. Herausgeber ist Oberstudienrat R. Paul Becker in Schneidemühl. Wir liegen einige Hefte der beiden letzten Jahrgänge vor. Die gedruckten Aufsätze und Abhandlungen haben nicht nur für die Grenzmark Wert, sondern auch für uns, behandeln sie doch Stücke aus der alten gemeinsamen polnischen Geschichte und betreffen Orte, mit denen wir noch vor kurzem in den Provinzialverbänden Polen und Westpreußen verbunden waren. Ich greife einige Aufsätze heraus: „Posener und westpreußische Jugendüberlungen aus zwei Jahrhunderten“, von Dr. Franz Südlake, „Meseritzer Studenten bis 1800“, von Dr. Dr. Wotschke, „Carl Busses erste lyrische Versuche“, von Dr. Koch, „Die Grabdenkmäler des Meseritzer evangel. Friedhofes“, von A. Bruhn, „Die Mundart des Kreises Deutsch-Krone“, „Die Ringwälle des Kreises Deutsch-Krone“, „Aus deutschen Volksballaden auf grenzmärkischem Boden“, von G. Bleich u. a.

Das „Evangelische Kirchenblatt der Grenzmark“, im Auftrage des Provinzial-Verbandes der Jungen Mission herausgegeben von Pfarrer Bielenstein in Schneidemühl, bringt auch Heimatliches aus der Grenzmark. Vor allem berichtet es laufend über das „Haus Behle“ und die evangel. Grenzlandvolkshochschule Breitenhoffseim, wo am 23. März 1920 die Brendenhoffbüste aus den Kanalauflagen von Bromberg aufgestellt wurde.

Behandeln diese Blätter das ganze Gebiet der Grenzmark, so hat der Neukreis im besonderen ein eigenes heimatkundliches Schrifttum sich zugelegt. Im Jahre 1925 hat der Schönlanker Pfarrer Häßler seine vorgegeschichtlichen Sammlungen — er fand z. B. am Zaslersee Feuersteinwerkzeuge aus der mittleren Steinzeit — der Allgemein-

heit zur Verfügung gestellt. Das war die Gründung des „Heimatmuseums“ in Schönlanke. Das ist inzwischen vermehrt worden. Betreut wird es von der „Gesellschaft für Heimatsforschung und Heimatpflege im Neukreis“. Als erste Schrift dieser Gesellschaft ist von Professor Carl Schulz erschienen: „Was unser Heimatmuseum erzählt“. Das ist ein schönes, volkstümliches Schriftchen, das dem Besucher an Hand der Sammlungen die Entwicklung des Bodens, der Menschen, der Siedlungen, der Geschichte anschaulich und lebendig macht.

Ausführlicher behandeln andere Hefte einzelne Gebiete und Orte. Hermann Meyer führt in dem „Büchlein für Wanderschaften und Heimatkunde“, *Geologie des Kreises Deutsch-Krone und des Neukreises* (Richard Jeske, Kreuz) gemeinverständlich die erdgeschichtliche Entwicklung vor und verweist dann ausführlicher bei den Endmoränen und Sandern, dem Urstromtal und den Dünen und den Øsern, wofür gerade jenes Gebiet lehrreich ist. Paul Hammeling hat für den Schulgebrauch eine „Heimatkunde des Neukreises“ (Deutz, Schönlanke, 1925) bearbeitet. Kurz und zuverlässig werden die geographischen und geschichtlichen Angaben gemacht. Vor allem werden die Gründungen im Gebiete der ehemaligen Staroste Stein Ustch, der Herrschaft Behle und der Herrschaft Filehne angeführt z. B. mit ausführlichen Gründungsurkunden. Sagen, Erzählungen und historische Leistücker bilden den Schluss. Die „Heimatkunde von Kreuz und Umgebung“ haben wir bereits in der „Deutschen Rundschau“ besprochen. Es ist nicht zu überschätzen, welchen inneren Wert es hat, wenn die Schulkindern solche Heimatfunden in die Hand bekommen, in denen ihnen das Heldenamt des deutschen Pfuges und des deutschen Handwerks so deutlich vor Augen gemalt wird.

Außerdem erscheint ein „Heimatkalender des Neukreises“. Ich habe aber zu spät von dessen Vorhandensein Kunde erhalten. Er liegt mir nicht vor, und ich kann nichts darüber sagen.

Die bedeutendste Veröffentlichung ist die Schrift von Pfarrer Grossert, Groß Kötten: „Evangelium und Deutschtum im Filehner Gebiet unter polnischer Grundherrschaft 112—1798“ (Kreisausschuss des Neukreises, Schönlanke, 1929). In eingehender, übersichtlicher, auf gründlichen Quellenstudium beruhender Weise wird hier die deutsche Kolonisation vorgeführt. Von der ersten deutschen Besiedelung im 13.—16. Jahrhundert ist fast alles verloren gegangen, da die Deutschen bei gleichem katholischen Bevölkerungsdruck der Polonisierung nicht die genügende Widerstandskraft hatten. Anders wurde es erst, als evangelische Bauern und Bürger nach der Reformationszeit ins Land kamen. Ein blühendes, weitverzweigtes deutsches Siedlungsgebiet entstand, an der Nehe Holländereien, auf

der Höhe Schulzendorfer. Da ihnen in den Privilegien freie Religionsübung gewährleistet wurde, richteten die Siedler evangelische Pfarr- und Schulsysteme ein mit Kirchen, Bethäusern und Schulen. In dem Buche wird eine Fülle von Einzelzügen über die deutschen Dörfer und ihre Ordnungen, über Haus und Kirche, Pfarrer und Schullehrer, über Gottesdienst, Taufe, Abendmahl, Trauung, Kirchgang und Begräbnis gebracht. Mit dem Inhalt steht auch die Aufmachung in Einklang. Tressliche Abbildungen von mehreren Kirchen, einem Laubengang und einer Glasmalerei erhöhen den Wert. Der Kreisausschuss des Neukreises hat sich mit der Herausgabe ein schönes Verdienst erworben.

Dieses Werk hat für uns auch großen Wert. Nicht nur, weil die Stadt Filehne mit einem Teil der darin behandelten Orte polnisch geworden ist. Gerade dieses Gebiet des Neukreises ist ein Musterbeispiel der Deutschen Siedlung in Polen. Nicht als Eroberer sind die Deutschen ins Land gekommen, sondern als Gerechte; nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug. Nicht Liquidation, Ausnützung, Agrarreform hat ihnen Land gewiesen. Es ist niemandem ihretwegen etwas weggenommen worden. Das Land war eine menschenleere Gnöde. Deutscher Fleiß hat die Sümpfe entwässert und den Wald gerodet und auf fürglichen Boden Brot gewonnen und Kultur verbreitet. Eine einsichtige polnisch-katholische Herrschaft hat die fleißigen und tüchtigen Deutschen aber auch in ihrer evangelischen Religionsübung und ihrer deutschen Schule geschützt selbst gegen die Bischöfe. Den Schluss des Buches macht der Übergang in preußische Herrschaft, wobei erwähnenswert ist, wie schon Friedrich der Große dabei vorging. Dem katholischen Propst von Filehne mitschien z. B. die Evangelischen im ganzen Bezirk für Taufen, Trauungen und Beerdigungen, die von evangelischen (!) Geistlichen vollzogen wurden, die Stolgebühren bis zu seinem Lebensende weiter bezahlt, wie in polnischer Zeit.

Eine Ergänzung der Frühzeit zu diesem Werke bringt ein 2. Heft der „Gesellschaft für Heimatsforschung und Heimatpflege im Neukreis“: H. Meyer: Kämpfe um das Land an der Nehe im Mittelalter, 1930. Hier werden besonders die Beziehungen der askanischen Markgrafen und des deutschen Ritterordens zum Neukreis eingehender behandelt.

Wir können dem Neukreis nur eine Fortsetzung dieser verheizungsvollen Pflege der Heimatforschung und Heimatbildung wünschen. Nur möchten wir den Rat nicht unterdrücken, daß die Veröffentlichungen sämtlich in gotischer Schrift und nicht in Antiqua erfolgen möglichen. Muß doch gerade solch ein deutsches Gebiet auch äußerlich schon im Druck deutsche Eigenart anzeigen.

Fr. Just.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Kontingente des deutsch-polnischen Handelsvertrages.

In dem deutsch-polnischen Handelsvertrag hat Polen Deutschland folgende Kontingente eingeräumt:
Erzeugnisse aus Gold, auch emailliert, außer den besonders genannten; Taschenuhrgehäuse ohne Steine 3 D.; Erzeugnisse aus Silber, auch emailliert, vergoldet, außer den besonders genannten; Taschenuhrgehäuse ohne Steine 20 D.; Flügel und Pianinos 1000 Stück; Spielbogen, Harfen und kompl., sowie nicht kompl., Gramophone 3500 Stück; Personenkraftwagen 12 000 D.; Motorfahrräder 2000 D.

Bei den nachstehend aufgeführten Waren wird Deutschland als Ursprungsland angesehen, auch wenn weniger als 50 Prozent ihres Wertes auf die Kosten der in Deutschland geleisteten Arbeit und der zu ihrer Herstellung verwendeten Rohstoffe entfallen, ohne Rücksicht darauf, ob die Waren in Deutschland in freiem oder gebundenem Verkehr erzeugt werden. Umgekehrt werden diese Waren, wenn sie durch Bearbeitung oder Verarbeitung im polnischen Zollgebiet hergestellt sind, in Deutschland entsprechend den allgemeinen deutschen Grundzügen, als Waren angesehen, die ihren Ursprung im polnischen Zollgebiet haben:

1. Roheisen in Masseln, Stäuben und Pulver.
2. Eisen und Stahl, und zwar: a) flach (außer Band) in einer Breite über 18 Millimeter bis 200 Millimeter einschließlich, und von einer Stärke über $\frac{3}{5}$ Millimeter; quadratisch und rund, im Durchmesser über 18 Millimeter bis 100 Millimeter; winklig, in einer Breite über 40 Millimeter; b) quadratisch und rund, im Durchmesser oder in der Breite über 100 Millimeter; winklig 40 Millimeter breit und weniger; Profilleisen und Stahl (T-förmig, doppelt T-förmig, C-förmig, Z-förmig, wulstförmig, oval, halbrund, serner Fenstersprossen, Geländer, Trapezeisen und Stahl, sowie anderes ähnlich komplizierte profiliertes) über 40 Millimeter im größten Ausmaß; Eisenbahnschienen, 90 Millimeter hoch und weniger, auch mit gefrästen Enden und mit Bohrungen; Löffeln, Unterlagsplatten; Blech in einer Stärke von 5 Millimeter und mehr; c) Profilleisen und Stahl (T-förmig usw. s. Punkt b) im größten Ausmaß 40 Millimeter und weniger breit; flaches Bandeisen und Stahl in einer Stärke von $\frac{3}{5}$ bis $\frac{1}{2}$ Millimeter; Universalprofile und Stahl (flach, über 200 Millimeter breit) jeglicher Stärke; Blech in einer Stärke unter 5 Millimeter bis 1 Millimeter einschließlich; d) Bandeisen und Stahl unter $\frac{1}{2}$ Millimeter stark; Blech unter 1 Millimeter stark.

3. Eisen- und Stahlblech, verzinkt, weiß, mit Zink überzogen, lackiert, bemalt, moiriert, mit Kupfer und seinen Legierungen, mit Nadel oder anderen gewöhnlichen Metallen überzogen, mit Aufschriften oder Mustern versehen.

4. Gold, Silber, Platin und Erzeugnisse daraus, wie Gewebe und Bänder aus Gold, Silber und aus unechtem Gold und Silber; Draht und Gefüinst aus Gold und Silber usw.

5. Erzeugnisse aus Kupfer, Kupferlegierungen, und anderen Metallen und Legierungen; die in der Po. 143 des polnischen Zolltarifs genannt sind, d. i. Kupfer, Nadel, Kobalt, Bismut, Cadmium, Aluminium und andere nicht besonders genannte Metalle und ihre Legierungen.

6. Eisen- und Stahldraht, Draht aus Kupfer und Kupferlegierungen; Draht aus Metallen und Legierungen, die in Po. 143 des polnischen Zolltarifs genannt sind; Drahtdrähte aus Metallen aller Art, Erzeugnisse aus Draht, und zwar: a) Draht aus Eisen und Stahl mit Papier, Geißneststoffen oder Guttapercha emailliert überzogen; Gewebe, Gurte, Neige, Seile und Täue aus Eisen- und Stahldraht; b) Erzeugnisse aus Kupferdraht und aus Kupferlegierungen, sowie aus den in Po. 143 des polnischen Zolltarifs genannten Metallen und Legierungen; c) elektrische Leitungen, isoliert, doch ohne Bleimühling.

7. Erzeugnisse aus Zinn und Zinnlegierungen, sowie Erzeugnisse aus Zink und Zinslegierungen mit Blei, nicht poliert und nicht bemalt.

8. Erzeugnisse aus Blei und Bleilegierung.

9. Blattmetall (Folie), außer vergoldetem, versilbertem und mit Platin überzogenem.

Große Zunahme des polnischen Luftverkehrs 1929

Nachdem der gesamte polnische Luftverkehr seit Anfang 1929 bei der Staatslichen Luftfahrtsgesellschaft „LOT“ zusammengefaßt ist, hat er im letzten Jahre einen unerwarteten Aufschwung gezeigt. Dies ist in der Hauptlinie einer bedeutenden Erweiterung des Liniennetzes zu zuschreiben. Während im Jahre 1928 nur 9 Linien betrieben wurden, waren es im Jahre 1929 15 verschiedene Linien, und zwar folgende: Von Warschau nach Prag, Danzig, Posen, Lemberg, Kattowitz, Krakau, Bromberg; von Krakau nach Kattowitz, Wien; von Kattowitz nach Brünn, Wien, Pojen; von Posen nach Bromberg, von Bromberg nach Danzig, von Brünn nach Wien.

Jänner und Februar 1930 berichtet wurde. Folgende Notierungen wurden hervorgehoben: Die Bilanzsumme ist im Jänner um 11 Mill. im Februar um weitere 21 Mill. Zloty gestiegen; sie betrug am Februarultimo 1 810 000 000 Zloty, und mit dem Januar insgesamt 1 861 000 000 Zloty. Auf der Passivseite haben die Sparzinsen eine Steigerung von 255 Mill. Zloty Ende Dezember 1929, auf 262 Mill. Zloty Ende Februar 1930 erzielt. Die Erhöhung ist vor allem auf die Termineinzahlungen zurückzuführen. Das Kontokorrent ist um 16 Mill. von 80 auf 96 Mill. Zloty gestiegen, während das Rediscont-Konto um 21 Mill. auf 29 Mill. Zloty zurückgegangen ist. In dem Bericht mit der Staatsklasse hat sich die Passivseite um 27,9 Mill. Zloty erhöht und erreichte Ende Februar 445 Mill. Zloty. Auf der Aktivseite erhält einen leichten Rückgang der Geldbestand, welcher sich einschließlich der ausländischen Baluta um $\frac{1}{2}$ Mill. auf 41,3 Mill. Zloty vermindert hat. Auch das Kontokorrent ist um 4,3 Mill. Zloty auf 29,7 Mill. Zloty zurückgegangen. Das Wertpapier-Konto (eigene Emissionen) ging um 6 Mill. auf 60 Mill. Zloty zurück. Die erzielten Gewinne, welche am 31. 12. 1929 = 1 473 000 000 Zloty betragen haben, erhöhten sich um 46 Mill. Zloty auf 1 519 000 000 Zloty, darunter die kurzfristigen Kredite um 4 Mill. auf 331 Mill., die langfristigen Kredite für den Handel um 4 Mill. auf 73 Mill., die Kommunaldarlehen auf 37 Mill. Zloty, die Darlehen an die Staatsklasse um 30 Mill. Zloty auf 444 Mill. Zloty, die Emission von Pfandbriefen und Obligationen um 8 Mill. Zloty auf 671 Mill. Zloty. Die Bankkredite, welche in den langfristigen Krediten enthalten sind, stellten sich am Februarultimo d. J. auf 264 Mill. Zloty.

Die landwirtschaftlichen Kredite der Bank Polski. Die Getreide-Lombarddarlehen der Bank Polski erreichten am 31. März d. J. 26 256 000 Zloty, während die für diesen Zweck verfügbare geballte Summe 54 850 000 Zloty beträgt. Die Höchstsumme der Ausnutzung dieser Kredite betrug 35 617 000 Zloty. Sämtliche Getreide-Lombarddarlehen müssen der Bank Polski bis zum 30. Juni d. J. zurückgezahlt werden. Kürzlich hat die Bank Polski eine Stichprobe der Lombardierten Getreidemengen gemacht und mußte feststellen, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von Landwirten das Lombardierte Getreide weiter abgesetzt hat, und zwar zu sehr ungünstigen Preisen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Vertrag im „Monitor Polski“ für den 7. April auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 5. April. Danzig: Überweisung 57,56—57,71. Berlin: Überweisung 46,875—47,075. London: Überweisung 43,40. New York: Überweisung 11,25. Zürich: Überweisung 57,88.

Warschauer Börse vom 5. April. Umlaute, Verkauf — Kauf. Belgien 124,46, 124,77 — 124,15, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,51, 173,94 — 173,08, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,10, 359,00 — 357,20, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,39, 43,50 — 43,28, New York 8,908, 8,928 — 8,888, Oslo —, Paris 34,91, 35,00 — 34,82, Prag 26,42, 26,48 — 26,36, Riga —, Stockholm 239,82, 240,42 — 239,22, Schweiz 172,78, 173,21 — 172,35, Wien —, Italien 46,76%, 46,88 — 46,65.

Berliner Devisentabelle.

| Off. Dienstag 5. April | Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark | In Reichsmark | |
|---------------------------|---|------------------|-------------------|
| | | 5. April Geld | 4. April Brief |
| 4,5% | 1 Amerika | 4.185 | 4.193 |
| 5% | 1 England | 20.357 | 20.362 |
| 4% | 100 Holland | 167,98 | 168,32 |
| 1 Argentinien | 1.628 | 1.632 | 1.641 |
| 5% | 100 Norwegen | 112,03 | 112,25 |
| 5% | 100 Dänemark | 112,08 | 112,30 |
| — | 100 Island | 92,12 | 92,30 |
| 100 Schweden | 112,48 | 112,70 | 112,71 |
| 3,5% | 100 Belgien | 58,395 | 58,515 |
| 7% | 100 Italien | 21,935 | 21,95 |
| 3% | 100 Frankreich | 16,375 | 16,41 |
| 3,5% | 100 Schweiz | 81,085 | 81,045 |
| 5,5% | 100 Spanien | 52,32 | 52,55 |
| — | 1 Brasilien | 0,491 | 0,490 |
| 5,48% | 1 Japan | 2,068 | 2,068 |
| — | 1 Kanada | 4,183 | 4,183 |
| — | 1 Uruguay | 3,866 | 3,866 |
| 5% | 100 Tschechoslowak. | 12,395 | 12,393 |
| 7% | 100 Finnland | 10,525 | 10,527 |
| — | 100 Estland | 111,51 | 111,51 |
| — | 100 Lettland | 80,68 | 80,71 |
| 8% | 100 Portugal | 18,78 | 18,82 |
| 10% | 100 Bulgarien | 3,034 | 3,037 |
| 6% | 100 Jugoslawien | 7,400 | 7,400 |
| 7% | 100 Österreich | 58,995 | 58,905 |
| 7,5% | 100 Ungarn | 73,08 | 73,08 |
| 6% | 100 Danzig | 81,38 | 81,40 |
| — | 1 Türkei | — | — |
| 9% | 100 Griechenland | 5,43 | 5,44 |
| — | 1 Kairo | 20,865 | 20,905 |
| 9% | 100 Rumänien | 2,492 | 2,490 |
| — | Marchau | 46,875 | 46,825 |

Zürcher Börse vom 5. April. (Amtlich.) Warschau 57,88, Paris 20,20%, London 25,11%, New York 16,20, Belgien 72,05, Italien 27,07%, Spanien 64,00, Holland 20,25, Berlin 123,22%, Wien 72,80, Stockholm 138,80, Oslo 138,25, Copenhagen 138,25, Sofia 3,74, Prag 15,30, Budapest 90,21%, Belgrad 9,12%, Athen 6,70, Konstantinopel 2,45, Bukarest 3,07%, Helsingfors 13,05, Loft 2,55, Privatdiskont 3% pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,87 Zl., gr. II. Scheine 8,86 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,23 Zl., 100 Schweizer Franken 172,10 Zl., 100 franz. Franken 34,77 Zl., 100 deutsche Mark 212,10 Zl., 100 Danziger Gulden 172,83 Zl., 100 tschech. Krone 26,32 Zl., österl. Schilling 125,20 Zl.

Aktienmarkt.

Pojener Börse vom 5. April. Festverzinsliche Wert: Notierungen in Prozent: 8proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 55,60 G. 8proz. Dollarbriefe der Pojener

Zwei Milliarden Erdbewohner.

Die Menschheit wächst beschleunigt. — Wird der Lebensraum der Erde zu eng? — Die Vormachtstellung Eurasiens.

Von Professor Dr. Erich Günther.

Fünfzehn Millionen Menschen leben hat der Weltkrieg vertrieben. Eine furchtbare Zahl! Die besten und lebenskräftigsten Männer ihrer Völker sind in ihr eingekesselt. Die Entwicklung der Menschheit geht an ihr fast unbedeutend vorüber und über sie hinaus. Nach den neuesten Schätzungen des Internationalen Statistischen Instituts im Haag hat die Bewohnerzahl des Erdballs jetzt die zweite Milliarde überschritten.

Das Tempo des Wachstums scheint die Auffassung zu bestätigen, die einer der führenden Geographen der Gegenwart, Albrecht Penck, schon vor Jahren geahnt hat, daß die Verdoppelung der Menschheitszahl, die wir seit Napoleon erlebt haben, einer Vervierfachung in den nächsten 150 Jahren weichen werde. Die Haager Untersuchungen, die auf neuen, verbesserten Methoden beruhen, gelangen auch zu wesentlichen Korrekturen früherer Schätzungsresultate. Vor wenigen Jahren noch glaubte ein statistisches Handbuch des Völkerbundes die Erdbevölkerung im Jahre 1913 auf 1800 Millionen schätzen zu sollen. Das Haager Institut sieht dagegen für 1910 nur 1600 Erdbewohner an. Das bedeutet ein Ansteigen der Menschheitszahl um 400 Millionen in zwei Jahrzehnten. Ein einziges Jahr in der Menschheitsentwicklung bringt mehr als den Ausgleich eines vierjährigen Kriegsverlustes.

Auch im Hinblick auf die kontinentale Verteilung der Erdbevölkerung weichen die Ergebnisse der neuen Untersuchungen von früheren Zahlen ab. Bisher glaubte man immer annehmen zu müssen, daß Asien die größere Hälfte der Menschheit beheimatet, daß also dort schon seit längerer Zeit die eine Milliarde überschritten sei. Das Internationale Statistische Institut sieht die Zahl für Asien etwas unterhalb der Milliardengrenze an. Das Verhältnis der Bewohnerzahlen von Asien und Europa verschobt sich dann etwas zugunsten des Abendlandes; das Verhältnis der absoluten Zahlen, nicht dagegen dasjenige der Bevölkerungsvermehrung im Ganzen wie in Prozenten. Auch nach den Schätzungen des Haager Instituts wird der Abstand zwischen Asien und Europa immer größer. China mit 450 Millionen stellt beinahe eine gleich große Menschenansammlung dar wie Europa mit seinen 350 Millionen. In der Reihenfolge der Länder stehen hinter China Britisch-Indien mit 320 Millionen, die Union der Sowjetrepubliken, die in Europa und Asien rund 150 Millionen Einwohner umschließt und die Vereinigten Staaten mit über 130 Millionen. Immerhin schon an fünfter Stelle folgt Deutschland mit seinen 65 Millionen, dicht gefolgt von den 62 Millionen Japans.

Auffallend wird Vieles die Tatsache erscheinen, daß nach Abzug der Zahlen, die von den Vereinigten Staaten geliefert werden, das gesamte übrige Nord- und Südamerika erheblich hinter der Bevölkerungsgröße des schwarzen Kontinents zurückbleibt. Amerika außer den Staaten kann den 160 Millionen Afrikas nur 120 Millionen gegenüber-

stellen. Das Übergewicht Eurasiens — in der Zusammenfassung der europäischen und asiatischen Bevölkerungsziffern — ist demnach ganz überwältigend. Es müßten also ungeheuerliche Verschiebungen der Menschheit auf der Erde eintreten, um die Überzeugung Pencks zu verwirklichen, daß im Verlauf der nächsten 100 Jahre Eurasien seinen bisherigen Vorrang verlieren und an die Tropen, vorweg an Südamerika, abgeben werde.

Diese Verschiebung erklärt der berühmte Geograph als zwingende Voraussetzung dafür, daß die Erde die acht Milliarden Menschen ernähren kann, die im dritten Jahrtausend auf ihr leben würden. Immer dann, wenn die Entwicklungszahlen der Menschheit Anlaß zu Befragungen geben, treten auch die Pessimisten mit ihren düsteren Prophezeiungen hervor, daß der Lebensraum der Menschheit auf diesem Globus bald zu eng sein werde. Der Berliner Nationalökonom Prof. H. Ballod hat ausgerechnet, daß unter Berücksichtigung des amerikanischen Durchschnittslebensstandards die Erde nur 2,3 Milliarden Menschen ernähren könnte. Die Sache würde also immer brenzlicher. Denn einmal ist die Zweimilliarden-Grenze schon überschritten, zum anderen drängt, wenn irgendwo in der Welt eine hohe Durchschnittslebenshaltung erreicht ist, die übrige Menschheit beinahe gesetzmäßig und im Hinblick auf die ständige schnelle Steigerung der Verkehrsmöglichkeiten und des internationalen Austausches nicht nur von Waren, sondern auch von Lebensgewohnheiten, in immer schnellerem Tempo nach. Dabei haben natürlich auch die Staaten gar nicht die Absicht, die Steigerung des Lebensstandards abzustoppen. Der Weg der Kultur und Zivilisation strebt nach immer neuer Erzeugung bisher ungekannter Bedürfnisse.

Diesen Berechnungen Ballods stellt Albrecht Penck die Auffassung entgegen, daß die Erde sehr wohl 8 Milliarden Menschen tragen könne. Die Frage ist nach ihm, ob Weiße oder Schwarze die Träger der künftigen Menschheitsentwicklung sein werden. Das hängt davon ab, ob die weiße Rasse in den kommenden Jahrhunderten die tropischen Zone erobern kann. Penck hält es für möglich, daß eine langsame Anpassung, wie sie beispielweise in der Eroberung der tropischen Gegend Brasiliens, von den Kaffeepflanzungen auf den Hochplateaus aus, bereits in Bewegung ist, auch bei Europäern und Amerikanern jene Änderung und Verdünnung des Blutes zur Folge haben kann, die ein Bewohnen der tropischen Landstriche möglich macht. Noch viel phantastischer Pläne sind von Männern, die durchaus der ernsten Wissenschaft zuzurechnen sind, entworfen worden. Einer der führenden Wissenschaftler, Linde, hält es durchaus nicht für unmöglich, das Klima dem Menschen anzupassen, wo die Anpassung des Menschen an das Klima unmöglich erscheint. Die Auswertung des Unterschiedes der kalten Wasserschichten tief unter der Meeressoberfläche gegenüber der Oberflächentemperatur spielt in diesen phantastischen Plänen zur Temperaturreduktion in den Tropen eine Rolle. Im schnellen Entwicklungstempo der letzten Jahrzehnte ist zwar so vieles Wirklichkeit geworden, was die Generation vor uns als lächerliche Utopie verachtet hat. Aber an diesem Punkte erscheint doch die Gefahr groß, daß der Ausdehnungsdrang der widerstandsfähigeren afrikanischen Rassen den europäischen und nordamerikanischen Bemühungen um

Anpassung oder um technische Bewältigung der Tropenprobleme zuvor kommt. Gerade im Hinblick auf die große Bedeutung, die dem südamerikanischen Kontinent, vor allem Brasilien, für die zukünftige Verteilung der Menschheit zukommt, fühlt sich schon jetzt ein Teil der Yankees dazu verpflichtet, die Südamerikaner davor zu warnen, allzu leichtsinnig ihre weiten Kulturräume dem Zustrom aus Asien zu öffnen.

Alle Berechnungen, die die künftigen Zahlen der Menschheit in Beziehung zu dem gegebenen Lebensraum seien, sind irgendwie lückhaft und darum nicht zwingend. Die von Penck errechnete Lebensmöglichkeit für 8 Milliarden geht zu einseitig von den physiologischen Notwendigkeiten des Menschen aus. Die Befürchtung, daß bei Grundlegung des amerikanischen Lebensstandards das Wachstum der Menschheit der möglichen Höchstgrenze in wenigen Jahrzehnten nahekommen werde, übersieht die Möglichkeiten der technischen Erfindungen und der industriellen Fortschritte. Die Chemie hat bereits begonnen, Nahrungsmittel aus der Luft zu holen, die Wissenschaftler und Praktiker der Kraftserzeugung planen die Gewinnung gewaltiger Energien aus den Tiefen der Erde. Das Wachstum der Menschheit und die Verschiebungen auf unserem Globus werden uns sicher vor ungeheure Aufgaben und ungeahnte Probleme stellen. Aber der Zwang der Not steigert die Kraft des menschlichen Geistes, sie zu bezwingen und ihr vorzuspringen.

Kleine Rundschau.

* Die Stadt mit der schlechtesten Luft. Wie auf dem kürzlich in Prag abgehaltenen Kongress für Gesundheitstechnik mitgeteilt wurde, ist die tschechoslowakische Hauptstadt diejenige unter den europäischen Großstädten, welche die schlechteste Luft aufzuweisen hat, da sie verhältnismäßig die größten Mengen Schwefeldioxid enthält. Dies wirkt dadurch besonders schädlich, daß ein derartig hoher Gehalt dieses Gases die Sauerstoffausscheidung der Parks und Waldanlagen illusorisch macht. Auch für den menschlichen Organismus ist Schwefeldioxid alles andere als zuträglich. Eine Resolution, die der Kongress fasste, empfiehlt Maßnahmen zur Bekämpfung des schädlichen Gases; es ist aber abzuwarten, ob es nicht auch hier nur bei Worten bleibt.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementserklärung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Schule.“ Auf Grund unserer Feststellungen sind nach der Verordnung des Ministers für Religionsbekennnisse und öffentliche Auflösung, im Einverständnis mit dem Minister für innere Angelegenheiten und dem Finanzminister vom 5. 7. 1922 betr. Ausführung des Gesetzes vom 17. 2. 1922 über die Gründung und Unterhaltung öffentlicher Volkschulen (Dz. u. R. P. Nr. 73 vom 27. 7. 1922, Position 574) auf Grund des Art. 9, Abs. 3, tatsächlich die staatliche Grund-, Gebäude-, Einkommen- und Gewerbesteuer als Grundlage für Berechnung der Schulsteuer anzusehen. Ein Höchsttag ist nicht festgelegt, er kann also den Bedürfnissen entsprechend angenommen werden.

Suchen Sie Käufer?

Für feinkostlose zahlungsfähige Käufer suchen wir Güter, Landwirtschaften, Geschäfte und Hausgrundstücke, sowie Waldungen. Siegelstein usw. usw.

Medelburg & So., Poznań W. 3,
ulica Patrona Tadeuszego 35. I.

Eine Landwirtschaft,

90 Morgen guter Boden, Gebäude massiv in gutem Zustand, mit lebendem und totem Inventar sofort

zu verkaufen.

Hallerowa Nr. 6, pow. Rawicz.

2 Bächterkontrolluhren

in gebrauchsfähigem Zustand für 6 Stationen hat Preiswert abzugeben

A. Medieg, Dampfziegelwerke, Gordon a. B., Telefon 5.

Motormühle

mit großem Kundenkreis im großen Kirchspiel, dazu 40 Morgen Land, bei günst. Bedingung. Offerten unter C. 4398 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Bianino

herrlicher Ton, solide Ausführung, verkauft preisw. a. auf Raten. Majewski, Pomorza 65.

Bandonium

sehr gut erkt., 104-tön., sofort zu verkaufen.

Trans. Breitenbach, Muśi, Szamocin, pow. Chodz. 4486

Brüderwagen- aufbau

für 1,5 T. Chevrolet-Lieferwag. Mitte verfügt gebaut, Einlegeboden herausnehmbar, kann daher auch als Personenwagen benutzt werden. Rückwand herausnehmbar, fällt neu, mit od. ohne Herrenführersitz, günstig zu verkaufen.

10 trog. Sterken und 3jahr. Bullen.

Hochtrag.Ruh. 2 Bullen

zur Zucht verkauft.

Rutschwagen

aller Art

preisw. zu verkaufen.

Jagdwagen, gut erkt., halb. s. kaufen gekauft. Off. u. R.

F. Basche, Bydgoszcz IV

Briefpapiere

Kassetten, kl. Packungen, lose von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung.

A. Dittmann, C.z.o.p.
Bydgoszcz, ul. Marszałka Józefa 16.

Gstellengesuche

Inspektor
24 J. alt, mit landwirtschaftlicher Schule, 5 J. in Prag, Poln. u. Deutsch in Wort u. Schrift, firm auch in Führung von Gutsverwaltungs-Sachen sucht Stellung sofort oder später. 4417 Szulcowski, Zbaszyń, Przyrostynia.

Theoretisch u. praktisch gebildeter junger Landwirt sucht Stellung als

Beamter.

Zweijährige Praxis, gute Zeugnisse vorhanden. Geistl. offert. an 1849 Spizer, Nowawies, p. Gromadno, Szubin.

Junger Landwirt sucht nach vollendetem Ausbildungszzeit Stellung als

Wirtschafter

in einer Landwirtschaft von 100 Mora, austw. Evtl. spätere Einheirat wäre erwünscht. Vermögen vorhanden. Geistl. Anwerbungen u. L. 4483 an die Geschäftl. d. Ztg. erb.

Eleve

Offerten erbrite an. G. Gedner, 4484 Sarbia, poeta But, pow. Szamotuły.

Rechnungsführer-Buchhalter sucht Dauerstellung. Off. u. R. 1773 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Tüchtiger, erfahrener

Brenn.-Verwalter

42 Jahre alt, verb., der polnischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig, sucht zum 1. Juli Stellung. Offerten unter R. 4466 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Stellmachergeselle

24 Jahre alt, evgl., mit lang. Praxis, deutsch u. polnisch sprech., sucht, gefüllt auf gute Zeugn. u. Referenz, von sofort oder 1. 5. Stellung als Zweiter. Off. u. R. 4464 an die Geistl. d. Zeitg. erb.

Müller geselle

24 Jahre alt, verb., der polnischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig, sucht zum 1. Juli Stellung. Offerten unter R. 4464 an die Geistl. d. Zeitg. erb.

Chefe Stellung

als besserer

Stubenmädchen

oder

Müller geselle

24 Jahre alt, evgl., mit lang. Praxis, deutsch u. polnisch sprech., sucht, gefüllt auf gute Zeugn. u. Referenz, von sofort oder 1. 5. Stellung als Alleiner oder auch als Zweiter. Off. u. R. 4464 an die Geistl. d. Zeitg. erb.

Stücke in Stellung

als Kochin, Bad.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut versteht.

Stubenmädchen

gesucht, das Plättchen u. Wäsche gut ver

Deutscher Frauentag vom 25.—27. April 1930 in Bromberg.

Der Kampf um die Ehe und der Kampf um das Kind.

Man spricht so viel vom Geist der Zeit, und die, die tragen Herzens sind, glauben, sich damit abfinden zu müssen, daß gegen den Geist der Zeit nicht aufzukommen sei. Natürlich ist es viel leichter und bequemer, mit einem halb mitleidigen, halb geringhähigen Abschluß zu den Dingen gehen zu lassen, wie sie eben gehen wollen, als gegen das als falsch Erkannte entschieden Stellung zu nehmen, um zu versuchen, es zu bekämpfen. Der Geist der Zeit ist von den Menschen abhängig, die in ihr leben, und jeder einzelne ist für ihn mitverantwortlich. Der Geist der Zeit kann nur besser werden, wenn alle Wohlgesinnten sich zusammen schließen in der Abwehr gegen das, was faul und morisch ist. Niemand darf sagen, auf mich kommt es nicht an, was könnte ich dazu tun? — Gleichgültigkeit und Trägheit haben schon mehr Unheil in der Welt angerichtet als böser Wille. Denn Gleichgültigkeit und Trägheit sind leider viel häufiger zu finden. Schon die Bibel nimmt scharf Stellung gegen die Lauen.

Vor kurzem erst haben hier der Arzt, der Volkswirtschaftler, der Seelsorger auf Veranlassung der evangelischen Kirche gegen den heute herrschenden Geist Stellung genommen. Im Deutschen Frauentage wollen die deutschen Frauen dazu Stellung nehmen von ihrem Standpunkte aus, denn niemand wird stärker von den herrschenden Zuständen betroffen als eben die Frau. Darum hat auch niemand mehr dagegen anzukämpfen als die Frau. Durch die Frauenbewegung zum Bewußtsein ihrer Persönlichkeit erweckt, durch sie zur Mitarbeit für das allgemeine Wohl herangerufen, durch sie gelehrt, über die Grenzen der eigenen Familie heraus sich als ein Glied ihres Volkes zu fühlen, sucht sie ihre Kräfte zu Höchstleistungen anzuzeigen, nicht nur des eigenen Vorteils wegen, sondern um ein wertvolles Glied der Allgemeinheit zu werden. Tief durchdrungen von der Überzeugung, daß die gesunde Familie, in der gesunde Kinder heranwachsen, die Keimzelle eines gesunden Volksstums ist, kämpft sie mutig an gegen die trostlose Devise des Sitzauslebens, kämpft sie mutig an gegen die Regungen, die das gesunde Familienleben zu untergraben suchen. Darum haben die im Deutschen Frauenbund vereinten Frauen den Kampf um die Familie, den Kampf um das Kind in den Mittelpunkt der Grörungen ihres Frauentages gestellt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angefordert.

Bromberg, 7. April.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung, krachweise Niederschläge und wenig veränderte Temperaturen an.

Symphoniekonzert des Bromberger Konservatoriums der Musik.

Das Konzert, das am 4. d. M. im Saale des Schürenhauses stattfand, führte den Untertitel „Slawischer Abend“ und brachte nur Werke slawischer Autoren, je eines Serbokroaten, eines Russen, eines Tschechen und eines Polen. Die Musik wird oft eine internationale Kunst genannt; nicht nur in dem Sinne, daß sie überall geführt und anerkannt, sondern — was für das zweite ja die Vorbedingung ist — auch überall verstanden wird; von anderer Seite wird wieder darauf hingewiesen, daß gerade in der Musik die nationale Eigenart sich am stärksten ausprägt. Beides ist wahr, beides mit gewissen Einschränkungen. Volkstümliche Musik ist natürlich stärkstes Ausdrucksmitte Volkstümlichen Wesens. Das deutsche Volkslied, deutsche Tanzmusik sind ohne weiteres von romanischen oder slawischen Stücken derselben Art zu unterscheiden, ja auch innerhalb der slawischen Gruppe sind starke Unterschiede deutlich zu erkennen. Das tschechische, das slowenisch-kroatische Lied hebt sich in seiner z. T. wohl vom Deutschen stark beeinflussten Art vom polnischen, serbischen, russischen Volkslied sehr klar ab. Je weiter aber die Musik in die Sphären der höheren Kunst aufsteigt, desto mehr näherte sie sich häufig einer Art europäischer Kunstsprache, einem Esperanto, in dem nur Untertöne gewissermaßen einen dialektischen Einschlag darstellen. — Und international ist die Musik doch auch noch deshalb, weil sie keine bestimmten Gedanken, sondern Gefühle erregen soll und dazu im allgemeinen auch bei Hörern anderer Nationalität durchaus imstande ist, freilich nur soweit annähernd die gleichen musikalischen Grundlagen vorhanden sind, also innerhalb der europäisch-amerikanischen Kulturwelt. Es bedarf da oft eindringender Studiums, um die nationalen Besonderheiten herauszufühlen.

Um das Obengesagte auf den „Slawischen Abend“ anzuwenden: Wenn man nicht weißt, von wem die einzelnen Werke sind, wer weißt, ob man sie der Nationalität nach richtig verteilen könnte. Den Anfang machte die „Penthesilea-Ouverture“ des Serbokroaten Grancarić. Das Thema ist der Tod der Amazonenkönigin Penthesilea, die nach einer en die Ilias anknüpfenden griechischen Sage von Achillens getötet wird. Kampfeslärm und Liebestod wird in höchst ausdrucksvoller, oft kühn modernistischer Weise verfilmbarlich, stellenweise in wild bacchantischem Aufwallen, das fast an die Kleistische Penthesilea erinnert. — Der Komponist, sonst wenig bekannt, ist persönlicher Bekannter und Studienkollege des Herrn von Winterfeld, und diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß wir das interessante Werk kennen lernten.

An zweiter Stelle folgte Tschairowskis Violinkonzert mit Orchester in D-dur. Das Werk ist eines der schwierigsten Violinkonzerte und stellt sehr hohe Anforderungen. Den Höhepunkt bietet wohl das erste Allegro dar. Die Canzonetta, mit bewußter Nachahmung italienischen Volksliedes, hat ein einschmeichelndes Thema, das dann wohl etwas lang ausgespannen ist, das Finale (Allegro vivace) hebt sich dann wieder zu bedeutender Höhe, ohne doch den Eindruck des ersten Teils ganz zu erreichen. Wir bekamen dabei Bili v. Winterfeld als Violinisten zu hören. Der jugendliche Künstler hat sich seiner Aufgabe glänzend entledigt; man konnte in gleicher Weise die bedeutende Gedächtnisleistung wie vor allem die prächtige Technik und die

Reife der Auffassung bewundern, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Wir können den Debütanten zu seinem Auftreten beglückwünschen und wollen hinzufügen, daß er außer durch starken Beifall auch durch reichliche Blumenspenden belohnt wurde.

Nach einer Pause kam Dvorak mit seiner Symphonie E-moll „Aus der Neuen Welt“ zu Worte, einem Werk, das seinem Aufenthalt in Amerika die Entstehung verdankt. Es beginnt mit einem Adagio, das dann schnell in ein Allegro molto übergeht. Es folgt ein Largo, ein Scherzo und als Finale ein Allegro con fuoco. Das Ganze ist voll reicher Erfindung, als besonders ins Ohr gehend möchte ich das reizende Scherzo hervorheben. — Den Beifluß der Aufführung machte Minutzelos Polonaise in A-dur, an Umfang hinter den anderen vorgeführten Stücken zurückstehend, aber farben- und melodienfreudig, ein erfreulicher Schlub.

Der Direktor des Konservatoriums Herr v. Winterfeld führte als Dirigent mit bekannter Ruhe und Sicherheit das Orchester, das mit erfreulicher Promptheit folgte und beachtenswerte Qualität zeigte. Die Aufführung darf als ein schöner Erfolg der Anstalt und ihres Leiters bezeichnet werden, der durch das Auftreten des jüngeren Winterfeld eine besondere Note erhielt. 3. R.

§ Die Arbeitslosigkeit in Bromberg. Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, scheint die Arbeitslosigkeit am Wendepunkt angelangt zu sein. Nach den Angaben des Haupt-Arbeitsvermittlungsamtes in Warschau ist die Zahl der Arbeitslosen von 295 612 auf 294 698 gesunken. Ende März waren in Bromberg noch 4520 Arbeitslose registriert. Auch hier scheint es jetzt besser zu werden, denn seit dem Herbst des vergangenen Jahres ist die Zahl am vergangenen Sonnabend das erste Mal gesunken und zwar auf 4417. Arbeiter wurden gebraucht von einigen Schuhfabriken, vom Magistrat zu Investitions- und Gartenarbeiten, und schließlich einige wenige zu Bauarbeiten. Die Zahl ist natürlich gering; aber sie bedeutet immerhin einen Anfang. Wie man bei der hiesigen Arbeitsvermittlungsstelle annimmt, wird sich die Ziffer auf dieser Höhe bis Ostern halten und dann möglicherweise erst kräftiger sinken. — Die städtische Volksschule hat die Zahl ihrer Mittagsportionen noch nicht herabsetzen können und bringt täglich 5500 Mittagbrote zur Aussage.

§ Unglücksfall. In der Gegend von Bartelsee hörten zwei des Weges kommende Männer Hilferufe und fanden in einem sehr tiefen mit Wasser gefüllten Graben einen alten Mann, der sich nicht befreien konnte. Die Hilfeleistungen, den Kreis aus dem Graben zu ziehen, waren erschwert, da die Seitenwände des Grabens sehr steil und fast zwei Meter tief waren. Schließlich gelang es aber doch, den Verunglückten herauszubefreien, wobei sich zeigte, daß man es mit einem Invaliden zu tun hatte, der an einem Bein eine Prothese trug. Er war so unglücklich in den Graben gestürzt, daß die Prothese auf dem gesunden Bein lastete und er sich nicht bewegen konnte. Man schaffte den alten Mann in seine Wohnung.

§ Autozusammenstoß. In der Ecke Danziger- und Rinkauerstraße stießen in einer der leichten Nächte die beiden Automobile P. B. 46561 und P. B. 11546 zusammen. Beide Automobile wurden beschädigt, Personen kamen nicht zu Schaden.

§ Warnung vor einem Betrüger. Der zuletzt Schifferstraße (Babia Wies) 3 wohnhafte 31jährige Ignaz Stachowiak stellte sich als Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Polska Pazyfistyczna“ vor und verübte als solcher viele Verügungen. Er nahm eine ganze Reihe von Anleihen auf, indem er den Geldgebern vortäuschte, sie zu stillen Teilhabern seiner (nicht existierenden) Druckerei zu machen. Er stellte Wechsel und Scheine aus, die weder eingelöst wurden noch Deckung hatten, und hat sich auf solche Art eine große Summe Geldes unrechtmäßig angeeignet. Die Schwundelmannöver gelangen dem Betrüger um so besser, als er es verstand, sich überall als vermögender Mann, Rentballbesitzer usw., in die besten Familien einzuführen. Die Polizei warnt jetzt vor dem Schwandler und bittet, ihn unverzüglich dem nächsten Polizeiposten zu übergeben, falls er sich irgendwo zeigen sollte.

§ Wieder einmal Raubentheft. In der hiesigen polnischen Presse erschien kürzlich ein Inserat, wonach eine Buchhalterin mit einem Monatsgehalts von 250 Złoty angestellt werden sollte, falls sie in der Lage sei, eine Bürgschaft von 600 Złoty zu hinterlegen. Eine junge Dame aus Bromberg meldete sich auf diese Anzeige und erhielt sodann den Bescheid, sich in einem bestimmten Lokal einzufinden, wo die Angelegenheit besprochen werden sollte. Im Lokal wartete bereits der zukünftige „Chef“, der die junge Dame mit Getränken und Süßigkeiten zu bewirten begann und ihr schließlich vorschlug, mit ihm eine Ehe einzugehen! Als die Arbeitssuchende das energisch ablehnte, nahm er ihr eine bestimmte Geldsumme ab, angeblich, um sich für dieses Geld bei einem Detektivbüro über ihr Vorleben zu erkundigen. Natürlich ließ der Mann nichts weiter von sich hören und die sehr leichtgläubige junge Dame ist um ihr Geld gekommen.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften und eine gesuchte Person.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Die Firma A. Heusek, Dworcowa 97, veranstaltet täglich von 10—11 und 3—6 Uhr Kochvorführungen. Ein Mittagesmenü in 5—15 Minuten. Kosten werden verabschloßt. Kein Vitamineverlust. Dienstag Flaki-Röcken. (3405)

D. G. f. A. u. B. Heute (Montag), 8 Uhr abends, im Zielenkino Lichtbildvortrag: Mit Artur Hene zum Amazonas. Eintrittskarten (numerierte Plätze!) bei Heger und an der Abendkasse. (4509)

w. Jordon, 5. April. Die hiesige Ortsgruppe des Wirtschaftsverbands städtischer Berufe, Abteilung Handwerk, hielt am 3. d. M. im Hotel Krüger eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Gleichzeitig konnte Obmann Maurer und Zimmermeister Kosch sein 20jähriges Meisterjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß war der zweite Vorsitzende des Verbands Kretschmer aus Bromberg erschienen, der den Jubilar durch eine Ansprache ehrt und ihm ein künstlerisch ausgearbeitetes Ehrendiplom überreichte. Die Ortsgruppe ernannte Herrn Kosch zum Ehrenvorsitzenden. Im Anschluß hieran hielt Dr. Ptof einen Vortrag über Erbrecht.

* Jarotschin (Jarocin), 5. April. Durch Brandstiftung, an vier Stellen angelegt, wurde in Gielce eine große Scheune zur Hälfte eingeebnet.

* Arnswig (Arnswic), 5. April. Einbrecher versuchten durch Auslösen eines Loches unter dem Schaufenster des Kaufmanns Pałdzierek, Zamkowa-Straße, die im Schaufenster ausgelegten Waren zu stehlen oder auch in den

**NUR
EINE RÖHRE
KANN DIE
PHILIPS
RÖHRE
ERSETZEN:
EINE NEUE
PHILIPS
RÖHRE**



BAUT NEUE RÖHREN EIN!

Laden zu gelangen. Die Einbrecher sind verschreckt worden. — In der Nacht zum Montag drangen Diebe durch das Dachfenster in die Dampfmühle „Mlyn Kujawski“ ein und stahlen einige Bentner Mehl und Schrot. Die Polizei ist den Einbrechern auf der Spur. — Während eines Streits im benachbarten Dorfe Tykowo wurde ein Mann namens Wachowiak von dem knecht Josef Marchlewicz aus Racice durch einen Revolverschuß verwundet. Er wurde dem Gericht übergeben.

* Argonau (Gniemkowo), 5. April. Ein Feuer vernichtete in Hütte bei dem Besitzer Bacharias eine Scheune mit sämtlichen landwirtschaftlichen Geräten, Stroh und ungedroschenem Roggen. Der Schaden, welcher auf 35 000 Złoty geschätzt wird, ist durch die Versicherung nur teilweise gedeckt. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt worden. — Nachdem nun die alten Bäume auf dem Markte der Art zum Opfer gefallen sind, werden jetzt neue Bäume von dem Verschönerungsverein an der Allee entlang gepflanzt.

es Mrosczen (Mrocza), 6. April. Diebe räumten dem Besitzer Lamprecht-Wiesengrund die ganze Räucherkammer aus und erbeuteten eine Menge Speck und Wurst. Den beiden Besitzern Widerhoff in Grenzdorf wurden 9 bzw. 12 Hühner gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur. — Dem Schuhwarenhaus Boleslaw Kalasz wurden in der Nacht zu Sonnabend 10 Paar Herrenschuhe aus dem Laden gestohlen. Die Diebe drangen mittels Nachschlüssel in den Laden.

○ Pudewitz (Pobiedziska), 7. April. Tödlicher Unglücksfall. Der Wirtschaftsinspektor Rau in Koconowo bei Pudewitz erhielt von einem Pferd einen Hufschlag gegen den Leib. Der hinzugerufene Arzt stellte einen Bauchfellriß fest, an dessen Folgen Rau noch an demselben Tage verstarb. — Bei dem Deputatarbeiter Wawrzynia in Wierzonka, Bezirk Pudewitz, wurden acht Hühner und drei Enten gestohlen. Von den Tätern ist bis jetzt nichts ermittelt worden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 7. April. Am Freitag wurde in den frühen Nachmittagsstunden in der Krakauer Vorstadt ein blutiger Raubüberfall in dem Bankhaus J. M. Bentner-Schwarz verübt. Im Bankhaus erschien vier maskierte Männer, die mit Revolvern die anwesenden Inhaber Bentner-Schwarz und drei Beamte terrorisierten. Während einer der Räuber die Anwesenden in Schach hielt, räumten die anderen aus der offenstehenden Kasse etwa 18 000 Złoty, 600 Dollar und kleinere Geldsummen in anderen ausländischen Valuten. Außerdem wurde eine Anzahl Wechsels und Wertpapiere geraubt. Während dieser Ausraubung wandte sich der Inhaber Bentner-Schwarz zum Telefon, um Alarm zu schlagen. Die Folge war, daß die Banditen einige Schüsse abgaben und Bentner-Schwarz tot zu Boden stießen. Dann gelang es den Räubern zu flüchten. Die Polizei verhaftete bisher 14 der Täterschaft verdächtige Personen.

* Baranowice, 5. April. Im Dorfe Wielka Lotwa, Gemeinde Jachowice, hat ein Großener 32 Wohnhäuser und ungefähr 100 Wirtschaftsgebäude mit lebendem und totem Inventar eingeebnet. Obgleich am Brandplatz vier Feuerlöschzüge arbeiteten, konnten doch nur einige Häuser gerettet werden. Der Schaden beträgt viele hunderttausend Złoty. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt. Die Verwaltungsbehörde hat eine Hilfsaktion für die Abgebrannten eingeleitet. — Am gleichen Tage brannten im Dorfe Ostreki derselben Gemeinde 7 Wirtschaften niederr, wodurch ein Schaden von 30 000 Złoty entstanden ist.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. April.

Aralau — 2,28, Jawischow + 1,54, Warschau + 1,54, Bock + 1,78, Thorn + 1,98, Jordon + 2,05, Culm + 1,98, Graudenz + 2,26, Kurzbrätz + 2,50, Piešel + 2,04, Dirschau + 2,04, Einlage + 2,26, Schiewenhorst + 2,32.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Plese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hölzer; für Anzeigen und Reklame: Edmund Prangdak; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 82.

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 14.

